

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

**Abonnementspreis** 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzeln Nummern 1 Mark.

**Anzeigen** kosten die sechsgepaltene Zeile resp. deren Raum 1.— Mk.  
Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Georg Wischmann, Bochum.**  
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

### Werbung.

Jhr Kohlengräber, heran, heran!  
Zusammen sollt ihr euch scharen!  
Und brechen den alten ungeligen Bann,  
Und trocken vereint den Gefahren.  
Wer jetzt noch feige von euch sich drückt,  
Der ist es wert auch wird er gezwikt  
Für's jämmerlich blöde Gebaren.

Habt ihr nicht lange genug schon gefront,  
Um Andere glücklich zu machen? —  
Wie hat man die Mühen, den Schweiß euch gelohnt? —  
Ihr wißt es — mit Höhnen und Lachen. —  
Für sie der Tag und das rote Gold,  
Für euch die Nacht, wo der Donner rollt  
Und Berge zusammen krachen.

So laßt denn ab vom verderblichen Streit  
Und reicht euch in Eintracht die Hände,  
Zur Macht und zum Siege ist's dann nicht weit —  
Der Hader ist Anfang vom Ende. —  
Zusammen müßt, Knappen, ihr alle steh'n  
Zum starken, mutigen Vorwärtstage'n,  
Dann nimmt es zum Guten die Wende.

So oft schon, Brüder, ist's euch gesagt,  
Auch könntet ihr so es schon wissen,  
Daß man vergeblich sich müht und plagt,  
Wenn die Kraft der Einheit zerrissen. —  
Wo, laßt ihr die Unternehmer wohl je  
Sich selbst verwüsten den fetten Klee,  
Und das Banner der Zwietracht hissen? —

Sie sind zu einem Bunde geschweift  
Und halten getreulich zusammen,  
Ob Christ, ob Jude das Mitglied heißt,  
Und ob sie auch sonst sich verdammen. —  
So, Bergmann, erzwingt auch Du Dein Recht,  
Laß Dich nicht blenden zum blöden Knecht,  
Und die freie Bahn Dir verdammen.

## Der Goldstrom steigt!!

„Ihr Schläfer wachet auf!“

In den Werksbesitzerblättern herrscht heller Jubel über die ausgezeichnete Geschäftslage; dagegen kann man in den Belegschaftsversammlungen fortgesetzt Klagen hören über geringe Löhne, Reduzieren der Gehälter, Umwälzung der geringfügigsten Lohnzulagen. Die Werkspresse kann Monat für Monat, Quartal für Quartal über zunehmende Werksüberschüsse berichten; in der Arbeiterfamilie denkt man mit Schrecken an eine weitere Verteuerung der Nahrungsmittel durch die am 1. März eingetretenen viel höheren Lebensmittelpreise. Schon heute ist infolge der Fleischverteuerung von vielen Arbeitertischen das Fleisch so gut wie fast ganz verschwunden. Die Agrarier erhoffen selbstverständlich — und mit Erfolg — von der eingetretenen Zollerrhöhung in Verbindung mit der Grenzsperrung eine weitere Steigerung der inländischen Preise für Fleisch; auch für Getreide, Brot, Gemüse, Gewürze usw. sind am 1. März höhere Grenzzölle in Kraft getreten. Wo über 60 Prozent der Bevölkerung laut der staatlichen Steuereinschätzung nicht einmal 2,50 Mark pro Tag Einkommen haben, da halten es Zentrum, Nationalliberale und Konservative für christlich und patriotisch, den Armen noch mehr ihre Nahrung künstlich durch Zölle zu verteuern. Was die Gewerkschaften in jahrelanger, opfervoller Arbeit an Lohnverbesserungen erlangen haben, es wird durch die im höchsten Maße ungerechte Zollpolitik dem Arbeiter wieder abgenommen. Stellen die Gewerkschaften aber Lohnforderungen, sofort fallen die Zollwuchererschlämpfer über die Arbeiter her, nennen sie „unzufrieden“, „unehrschäm“, „aufgehört“ und verlangen Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterorganisationen.

Wer den neuen Zolltarif direkt und indirekt mitgeschaffen hat, den werden die Arbeiterfamilien verantwortlich machen müssen für seine Folgen. Wenn die Arbeiter sich in dieser Zeit überall regen um Lohnforderungen zu stellen, so sind sie dazu schon gezwungen durch die Lebensmittelteuerung. Kommt es zu schweren wirtschaftlichen Kämpfen, so sind auch diese mit veranlaßt durch die indirekte Steuerpolitik. Der Arbeiter ist gezwungen, um die Lebensverhältnisse ertragen zu können, einen höheren Lohn zu fordern, wenn nicht anders, ihn zu erkämpfen. Deswegen riskiert jetzt die Arbeiterschaft in Deutschland für Lohnkämpfe. Es geht auch gar nicht anders, die Zöllnerpartei im Parlament haben durch ihre Politik die Arbeiter auf die Stellung von Lohnforderungen hingewiesen. Oder soll der Arbeiter sich noch mehr einschränken, soll er noch schlechtere Nahrung genießen, noch erbärmlichere Wohnungen beziehen? Nein, das darf nicht geschehen! Das braucht auch nicht zu sein, denn der Goldstrom, entsetzt von fleißigen Arbeitern, schwillt stärker an, eine wahrhaft berauschende Fülle fließt den Kapitalisten mühelos zu. Der Arbeiter hat ein natürliches Recht auf reichlichen Mitgenuss von dem, was er erzeugt.

Wir haben schon an einigen Beispielen bewiesen, wie glänzend die Lage der Werksbesitzer jetzt ist. Um das Bild etwas mehr zu

vervollständigen, seien nachfolgend im Zusammenhang die den Werksbesitzern der Unternehmer zuzustehenden Goldströme aufgezeichnet. Kameraden, seht euch diese Gewinnziffern genau an!

**Zeche Ewald** hatte Uberschüsse 1904: 8 174 411 Mk., 1905: 4 187 410 Mk.; **Schürbank** 1904: 190 868, 1905: 234 182 Mk.; **Zwickau-Oberhöndorfer Steinkohlenbauverein** 1904: 578 858, 1905: 982 664 Mk.; **Braunkohlenwerk Donatus (Köhler Bergsch)** 1904: 368 758, 1905: 533 242 Mk.; **Kalkwerk Hedwigsburg** 1904: 981 000, 1905: 1 088 600 Mk.; **Kalkwerk Wintershall** 1904: 625 074, 1905: 1 024 828 Mk.; **Saline Halleische Pfännerschaft** 1904: 404 659, 1905: 450 278 Mk.; **Braunschweigische Kohlenwerke** 1904: 1 578 374, 1905: 1 707 070 Mk.; **Stolberger Werke** 1904: 2 474 726, 1905: 2 911 755 Mk.; **Ab Iner Bergw.-Verein Altenessen** 1904: 2 157 356, 1905: 2 344 112 Mk.; **Kalkwerk Kaiseroda** 1904: 878 217, 1905: 1 095 566 Mk.; **Mülheimer Bergwerksverein** 1904: 2 261 155, 1905: 2 388 002 Mk.; **Zeche Massen** 1904: 562 461, 1905: 704 085 Mk.; **Kalkwerk Jessentz** 1904: 414 578, 1905: 623 469 Mk.; **Kalkwerk Burbach** 1904: 802 247, 1905: 1 312 106 Mk.; **Deutsche Tiefbohrergesellschaft Nordhausen** 1904: 491 750, 1905: 1 528 477 Mk.; **Magdeburger Bergwerks-Verein** 1905: 1 141 868 Mk.; **Essener Bergwerks-Verein König Wilhelm** 1905: 1 815 894 Mk.; **Sibirnia** 1902: 8 419 948, 1903: 9 938 664, 1904: 10 069 868, 1905: 10 516 490 Mk.; **Kalkwerke Aschersleben** 1904: 1 480 695, 1905: 1 601 370 Mk.; **Gottesfengugau** 1905: 1 181 258 Mk.; **Union-Dortmund** hatte im ersten Halbjahr 1905/06 einen Uberschuß von 2 515 008 Mk. gegen 2 171 840 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Königs- und Laurahütte in Oberschlesien erlührte im letzten Halbjahr 3 589 599 Mk. gegen 2 085 600 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Donkersmarckhütte in Oberschlesien hatte 1905 einen Uberschuß von 3 520 088 Mk. Der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein erlührte im letzten Halbjahr 3 617 489 Mk. gegen 2 792 807 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Bergwerksverein Schwelmer Aue erzielte im letzten Halbjahr 1 989 019 Mk. Uberschuß, 48 000 Mk. mehr als im Halbjahr vorher. Die Gesellschaft **Union-Friede** in Sibirien hatte im letzten sechs Monaten 1 060 000 Mk. mehr Uberschuß wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. **Königsborn** gibt an, durch den Streik 305 000 Mk. Verlust gehabt zu haben, erzielte aber 1905 doch 1 580 806 Mk. Uberschuß. Die **Sarpener Bergwerks-Gesellschaft** machte im letzten Halbjahr 7 265 000 Mk. Uberschuß gegen 6 942 800 Mk. in derselben Zeit des Vorjahres. Das anhaltinisch-sächsische **Kalkwerk Leopoldshall** erzielte 1905: 1 932 165 Mk. Uberschuß, 41 704 Mk. mehr wie 1904.

Und so könnten wir spaltenlang am Aufzählen bleiben. Wir wollen aber auch ein Gegenstück anführen, um aufzudecken, wie der fleißige Arbeiter behandelt wird.

Der **Magdeburger Bergwerksverein** (Zeche Königsgrube) hatte 1905 nur noch durchschnittlich 1300 Arbeiter (Geschäftsbericht), gegen 1522 in 1904. Jeder Arbeiter verfuhr über 300 Schichten (trotz des Streiks!) und stellte sich pro Kopf und Schicht

	1904	1905
die Leistung	1,010 Tonnen	1,023 Tonnen
der Lohn	4,56 Mark	4,49 Mark

Höhere Leistung, geringerer Lohn! Das war der „Segen des Bergbaues“ für den Bergarbeiter. Die Bergbesitzer erhalten 28 Prozent Dividende!!! Sind das keine aufreizenden Zustände? Wollen die Kameraden eine solche Lohnrückerei geduldig ertragen?

Zimmer höher schwillt der Goldstrom an! Der Monat Januar brachte wieder eine enorme erhöhte Förderung. Gewaltig steigt die Menge der geförderten schwarzen Diamanten. Die Förderung in den besten Jahren ergab für das ganze deutsche Reich folgendes Bild:

	1905	1904	1903	1902
Steinkohlen	131 190 240	120 694 098	116 637 765	107 473 933
Braunkohlen	52 478 526	48 500 222	45 919 488	43 918 122
Koks	16 358 824	12 331 163	11 509 259	9 202 796
Bricketts	15 009 682	11 413 467	10 478 170	9 214 226

In wahrstimmiger Gatt geht der Betrieb Tag und Nacht. Tag für Tag kommen aber auch Nachrichten über schwere Unfälle, Schachtkarambolagen, Zusammenbrüche von Strecken usw. Neben dem Goldstrom steigt auch der Blutstrom in der Bergwerkstindustrie! Das Uberschichtenmachen grassiert in der ungeheuerlichsten Weise. **Aber je mehr Schichten verfahren werden, um so niedriger ist der Lohn pro Schicht!** Kameraden besinnt euch auf eure Menschenrechte. Niegt doch nicht Tag und Nacht auf dem Werke, sondern sorgt dafür, **daß ihr ohne Uberschichten einen auskömmlichen Lohn verdient!** Warum wollt ihr euch zugrunde richten im Interesse der Unternehmer? Denkt doch an eure Familien, der ihr den Ernährer durch das skandalöse Schichten frühzeitig kaputt macht!

Die Preise für Kohlen, Koks, Bricketts, Erz und Eisen sind bedeutend erhöht. Allein für Stein- und Braunkohlen macht die Preiskürzerung, wenn wir nur 50 Prozent pro Tonne annehmen,

dieses Jahr schon 80—90 Millionen Mark Mehreinnahme für die Werke aus!!! Soll das Unternehmertum auch diese Meiensumme allein einheimen?

Am besten erkennt man an der Preislage für Rohstoffen, welche Mehrgewinne bevorstehen. Seit dem Februar 1905 bis jetzt sind gestiegen die Tonnenpreise für Spiegeleisen von 67 auf 93 Mark, für Bessemereisen von 68 auf 82 Mark, für Thomaseisen von 57 auf 68 Mark, für Puddelleisen von 45 auf 52 Mark, für Gamaiteisen von 68 auf 82 Mark! Messig wird der Goldstrom für die Bergwerks- und Hüttenherren im Jahre 1906 anschwellen. Sie schwimmen förmlich im Goldel!

Die Kameraden wären Schläge wert, wenn sie in dieser günstigen Zeit zufrieden sein wollten mit den bisherigen Löhnen. Sind es doch die Arbeiter, die den kolossalen Reichtum in erster Linie schaffen, unter großer Lebensgefahr.

Kameraden, denkt an die flotten Jahre 1898—1900. Damals haben wir dringend gemahnt: **„Schlicht euch dem Verbands an, che es zu spät ist!“** Aber leider haben uns viele Bohn-tausende, ja Hunderttausende nicht gehört, sie glaubten den Verband nicht nötig zu haben. Doch es kamen die Jahre der schlechtesten Geschäftslage, da verurteilten die Unternehmer rückwärts die Löhne, bis die Kameradschaft zur Verzweiflung getrieben war und ihre Empörung in dem großen Streik Luft machte. Der Streik wäre nicht nötig gewesen, die Unternehmer hätten nicht gewagt die Lohndruckschraube so anzuziehen, **wenn die Arbeiter früh genug zur Vernunft kamen, sich eine einheitliche, starke Organisation verschaffen!** Weil die Kameraden die Mahnung zur Organisation nicht hörten, mußten sie später bitzen für ihre Gleichgültigkeit.

Jetzt ist die Lage genau wieder so wie vor sechs bis acht Jahren. Wieder glauben viele Tausende, den Verband nicht nötig zu haben, lieber tragen sie ihr Geld zu geistestörenden Klimbimbvereinen. Aber es wird wieder so kommen wie nach 1900, wenn die Kameraden sich nicht rücken! **Glaubt mir nicht, die Arbeiterauschüsse würden euch helfen können. Auszahlreichen Zeichen werden die Arbeiterauschüsse höchstens zurückgewiesen!** Sie haben nicht die Befugnisse, sich als wirksame Arbeiterauschüsse zu betätigen. **Diese Befugnisse kann ihnen auch nicht der Buchstabe des Gesetzes erteilen, sondern nur ein mächtiger Bergarbeiterverband kann die Unternehmer zwingen, die Arbeiter Vertreter anzuerkennen!** Merke sich das jeder Kamerad nur recht gut.

Der Goldstrom schwillt an. Die Arbeiter müssen sich regen, damit sie ihren gerechten Lohnanteil bekommen. Deshalb hinein in die lebhafteste Agitation, vorwärts zur Betreibung einer **foegfältigen Hausagitation!** Es regnet Brot, sorgen wir dafür, daß der Arbeiter einen Löffel bekommt, um mitessen zu können. Wer nun noch feige oder träge beiseite steht, ist ein Verräter an der Kameradschaft.

### Der Blutstrom steigt auch!

Nach vorläufigen Mitteilungen sind 1905 im Ruhrbergbau **41 096 Unfälle** angemeldet worden, gegen 40 355 im Jahre 1904. Von den Unfällen waren **570 tödlich** (1904: 527), **4120 schwere Verletzungen** (1904: 3997) kamen vor! Durch Massenunglücke sind **39 Bergleute** (Ruhr!) **getötet** und 11 verwundet worden.

Neben dem Goldstrom für die Unternehmer steigt der Strom des auf dem Schlachtfelde der Industrie vergossenen Arbeiterblutes. Obwohl über einen Monat infolge des Streiks die Betriebe hauptsächlich ruhten, ist doch die Unfallziffer eine höhere wie im Vorjahre. Kameraden, schafft euch Lebensschutz, indem ihr den Bergarbeiterverband vergrößert!

### Was haben die Arbeiterauschüsse den Ruhrbergleuten bisher gebracht?

Auf dem preussischen Bergmannstag in Essen wurde von mehreren Delegierten des „christlichen“ Gewerksvereins die „legensreiche“ Tätigkeit, welche die Arbeiterauschüsse schon bisher entfaltet hätten, lobend hervorgehoben, und dabei lebhaft beklagt, daß die Verbandskammeraden die Ausschüsse in ihrem Wirken, für die Belegschaften Erpressliches zu schaffen, nicht unterstützen. Die Verhandler sollten doch ihren „Frieden“, sich nicht an den Wahlen der Ausschüsse beteiligen zu haben, einsehen und noch nachträglich die Ausschüsse anerkennen. Ohne daß auch nur ein einziger tatsächlicher Fall angeführt wurde, wo ein Arbeiterauschuß durch sein Auftreten für die Belegschaft etwas erreicht hätte, fiel nach dem Bergmannstag die gesamte Werkspresse in gewohnter Weise über uns her, daß wir keine „praktische“ Arbeit leisteten, daß es uns nicht um ein gutes „Einbernehmen zwischen den Verwaltungen und den Belegschaften“ zu tun sei, sondern nur um Unzufriedenheit unter den Arbeitern zu stiften. Wollten wir „praktische Arbeit“ leisten, hätten wir uns auch an der Belegung der Ausschüsse beteiligen müssen, die das Gesetz den Bergleuten gebracht und die von ihnen im Streik gefordert worden sind. Nun die Bergleute die Ausschüsse hätten, seien die Verhandler auf einmal Gegner derselben geworden. **Waltzer-Gesellschaft** „bedauerte“ sogar den „armen“ Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, der auf der einen Seite gegen die Ausschüsse schreibe, auf der anderen Seite ihre Tätigkeit lobend anerkennen mußte. Das Waltzer nicht



von Rheinpreußen ist sehr gut informiert, daß die Zehnerverwaltung stets und ständig nur Verbandmitglieder auf das Strafenregister setzt. Mitglieder des Gewerksvereins aber in die Beamtenklasse einreihen läßt. An den Richtern soll ihr sie erkennen! Der bestehende Arbeiterausschuß (sämtliche Gewerksvereinsmitglieder) schlägt an Rheinpreußen. Vielleicht sind diese Leute in ihren Klümpelvereinen auch mit Arbeit überlastet oder sie sind der Ansicht, daß die Wünsche und Beschwerden der Belegschaft nur in diesen Vereinen zur Geltung kommen können. Unseren Kameraden sollte man durch Zug und Trug weismachen, die Gewerksvereinsführer hätten sich mit der Ortsleitung des Bergarbeiterverbandes in Verbindung gesetzt betreffend Regelung einiger Wahlanglegenheiten.

Wir konstatieren hiermit, daß bei der Vertikung des Bergarbeiterverbandes in Hochheide kein Mann vom Gewerksverein gewesen ist, um über diese Angelegenheiten zu sprechen. Solche Lügepropheten denken wohl, es kommt ja bald Ostern und wir können unsern alten Adam an Paschall wieder rein waschen. Hoffentlich fallen sie dann nachher nicht wieder in das alte Pastor jurist. Die Wahl an sich hat für unsere Mitglieder sehr gute Lehren gezeitigt, aus denen wir auch unsere Schlüsse ziehen werden. Wir werden für die Zukunft unsere Taktik dementsprechend einrichten und jeden Arbeiter von Rheinpreußen zeigen, wo die Zersplitterer und Volksverräter sitzen. Auch die Mitglieder des Gewerksvereins haben dies schon teilweise eingesehen und sind nach sechs bis siebenjähriger Mitgliedschaft zum Verbandsübergang übergetreten.

Jetzt noch einige Worte über das „christliche“ Flugblatt. In demselben wird behauptet: „Der Gewerksverein wollte mit dem alten Verband zusammengehen.“ Jahre lang hat die Verbandsleitung versucht, eine einheitliche Organisation zu schaffen, aber der Dreiklassenparlamentarier August Bruns hat dies stets abgelehnt. Ja, der Vorsitzende August Bruns hat diese, die vom Vorsitzenden Sache an ihn gerichtet waren betreffs Stellungnahme zu einer Lohnverhöhung, den Werksbesitzern durch den sich christlich schimpfenden „Bergknappen“ unterbreitet. Mögen doch die christlichen Gewerksvereinsvertreter von Rheinpreußen den Vorstand des Gewerksvereins veranlassen, eine einheitliche Organisation zu schaffen! Und möchten wir hier einmal anfragen, wie es kommt, daß der Hauptführer des Gewerksvereins in Homberg nach dem Streik auf Rheinpreußen in die Beamtenklasse erhoben wurde? Derselbe ist noch Mitglied des Gewerksvereins.

Berner heißt es im Flugblatt: „die Leitung des Bergarbeiterverbandes habe die Zersplitterung betrieben, indem sie am 24. Dezember 1905 eine Delegiertenversammlung einberufen hätte.“ Festgestellt muß hier doch einmal werden, daß der Arbeiterausschuß, der nur aus Gewerksvereinsmitgliedern besteht, sich um die Abregelungen der Verbandskammeraden nicht bekümmert hat. Warum wohl nicht? Der „christliche“ Kamerad Schneider und mehrere andere Kameraden sagten einmal: „Auch ich traue unserm Knappenschaftskämmerer nicht.“ Der Vertrauensmann vom Gewerksverein erklärte ferner: „Trauen kann man unsern Kameraden nicht, aber wir haben noch seine direkte Beweise.“ Kameraden, sämtliche Knappenschaftskämmerer außer einem Beamten sitzen im Gewerksverein, aber keiner von diesen tüchtigen Arbeitervertretern hat es jemals gewagt, die Mißstände im Knappenschaftsverein zahlenmäßig nachzuweisen. Auf der Essener Konferenz hat der Vertrauensmann der Zahlstelle Hochheide des Bergarbeiterverbandes die traurigen Knappenschaftsverhältnisse des Knappenschaftsvereins Rheinpreußen zahlenmäßig nachgewiesen. Während dieser Konferenz kam dann der Delegierte des christlichen Gewerksvereins zu dem Delegierten des Bergarbeiterverbandes und bat ihn um das Material. Selbstverständlich stellte unser Kamerad Dunder ihm das Material zur Verfügung. Auch teilte der Delegierte des Gewerksvereins unserm Vertrauensmann mit, daß er bis dato von seinen christlichen Knappenschaftskämmerern nichts erfahren könne. Dann heißt es weiter: „Für Rheinpreußen kommt nur der christliche Gewerksverein in Betracht. Will man hier auf die Lohnverteilung vor Weihnachten schließen? Kameraden, die Werksverwaltung wußte sehr gut, wenn man auch vor Weihnachten keinen Lohn mehr ausgezahlt hätte, so wären tausende von Kameraden wegen den schlechten Löhnen gezwungen gewesen, vor Weihnachten Vorstoß zu holen. Dieses hat aber die Direktion in ihrem eigenen Interesse getan, weil sie sonst noch viel mehr Arbeit gehabt hätte. Zuletzt forderte man dann die Kameraden auf, die Zersplitterer links liegen zu lassen. Ganz recht so! Wir brauchen keine Arbeiterverräter, nur eine einheitliche Bergarbeiterorganisation ist in diesem, die Verhältnisse auf den Rheinpreußenbüchsen zu bessern. Darum, Kameraden, agitiert und organisiert, bis der letzte Bergmann von Rheinpreußen im Bergarbeiterverband ist.“

### Soziale Rechtssprechung und Arbeiter-Versicherung.

#### Die Klage der Mitglieder der Arbeiterpensionskasse der konsolid. Redenhütte vorm Reichsgericht.

Einige Hundert Mitglieder der im Jahre 1901 in Konkurs geratenen Pensionskasse der konsolid. Redenhütte sind es, die gegen die Aktiengesellschaft konsolid. Redenhütte auf Weiterzahlung der Pension resp. Rückzahlung der geleisteten Beiträge klagen. Und zwar richtete sich die Klage gegen die Gesellschaft, da deren Vorstandsmitglieder auch Organe der Kasse waren und diese durch schlechte Geschäftsführung ruiniert worden sei. Wozu Angriffe sind es, in denen den belagerten Vorstandsmitgliedern Zahlungslosigkeit zur Last gelegt und daraus eine außerkontraktliche Haftung hergeleitet wird. Es wird geltend gemacht:

1. die Auszahlung einer Heiratsprämie an sich wiederverheiratete Witwen sei statutenwidrig erfolgt;
  2. die Ehrenstellen der Sekretäre seien statutenwidrig besoldet worden;
  3. 5000 Mark Prozeßkosten seien unnötig durch viele Klagen verausgabt worden, weil die Kasse im Unklaren war, ob die Zeit bei der Pensionsberechnung mitberechnet werden sollte, während welcher die Mitglieder der Knappchaftskasse, aus der die Pensionskasse hervorgegangen ist, angehört. Im Wege einer Feststellungsklage hätten die Prozeße, welche alle verloren wurden, erspart werden können;
  4. statutenwidrig seien auch zu alte Mitglieder aufgenommen worden;
  5. 1504 Mk. seien durch Fehler in der Pensionsberechnung zu viel verausgabt worden;
  6. rund 150 000 Mk. seien der Kasse verlustig gegangen durch Nichtauszahlung des statutenmäßigen Beitragszwanges;
  7. es sei die Kasse überhaupt mit unzureichenden Mitteln gegründet worden und
  8. sie sei schon zu dieser Zeit bankrottifiziert geworden.
- Landgericht Gleiwitz wie Oberlandesgericht Breslau erkannten auf Abweisung der Klage. Das Oberlandesgericht führt dazu etwa aus: Eine außerkontraktliche Haftung besteht für die Vorstandsmitglieder nicht; auch hätten sie einen Schaden für die Kläger durch ihre Handlungen nicht voraussehen können. Bei Anwendung der §§ 223 und 229 B. G. B. hätten die Beklagten nur für den unmittelbaren Schaden. In diesem Falle hat aber keine der Beschuldigten den Klägern unmittelbaren Schaden gebracht, sondern dieser ist erst durch die Konkursöffnung erfolgt. Es genügt hier nicht zur Haftbarmachung, daß die Beklagten das Entstehen eines Schadens hätten voraussehen müssen. Nach diesen allgemeinen Darlegungen geht das Berufungsgericht noch auf die einzelnen Punkte besonders ein und widerlegt diese Angriffe zum größten Teil damit, daß alles das Geschehene nur deshalb getan worden sei, um der Kasse zu nützen und daß der Schaden niemals vorausgesehen werden konnte.
- Die von den Klägern gegen das Berufungsurteil geltend gemachte Revision wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen und das Berufungsurteil damit bestätigt.

Ueber das englische Arbeitslosenfürsorgegesetz veröffentlicht H. Fehlinger im „Arbeitsmarkt“ einen Artikel, dem wir folgenbes entnehmen: Der erste Abschnitt des Gesetzes regelt die Arbeitslosenfürsorge in London. Danach sollen auf Verordnung des Sozialverwaltungsamtes Notstandskomitees gebildet werden, die aus Mitgliedern der Gemeinde, Armenpflegern und sonstigen sachkundigen Personen bestehen. Für

ganz London ist ein Zentralnotstandsausschuß zu errichten, der aus Vertretern der einzelnen Notstandskomitees besteht; diese können nach weitere Mitglieder kooperieren. Auch dem Sozialverwaltungsamt steht das Recht zu, Vertreter in den Ausschuß zu entsenden. Sowohl in dem lokalen Notstandskomitee als auch im Zentralausschuß muß das weibliche Geschlecht durch mindestens eine Person vertreten sein. In diese Komitees haben sich die Arbeitslosen zu wenden, die mindestens ein Jahr in London anständig lebten, „erlich streben, Arbeit zu erhalten“ und „einer besseren Behandlung als gemäß den Arbeitergesetzen würdig“ erscheinen. Die einjährige Anwartschaft in London wird gefordert, um den Zugang Arbeitslosen zu helfen oder sie an den Zentralausschuß zu verweisen. Dieser hat die Aufgabe, die Tätigkeit des Notstandskomitees nach Möglichkeit einheitlich zu regeln, die Auswanderung oder den Wegzug Arbeitsloser samt ihren Angehörigen zu unterstützen und endlich vorübergehende Arbeitslosigkeiten zu schaffen. Zur Deckung der Kosten kommen in Betracht: 1. freiwillige Beiträge, 2. Beiträge der Gemeindefürsorge außerhalb Londons. In jedem Stadtkreis mit wenigstens 50 000 Einwohnern ist ein Notstandskomitee zu errichten, das dieselben Aufgaben hat wie die Notstandskomitees und der Zentralausschuß in London. In Stadtkreisen mit weniger als 50 000, jedoch mehr als 10 000 Einwohnern, ist diese Einrichtung fakultativ. Die Dauer des Gesetzes ist vorläufig auf drei Jahre festgelegt. Das ganze Gesetz erscheint höchst unzulänglich. Das Wertvollste daran ist das Zugeständnis, daß die Vergebung überhaupt eingreifen muß, um der Arbeitslosigkeit zu steuern.

### Berggesetzgebung und -Verwaltung.

#### Einen Ausfuhrzoll auf Kali und Kohle

haben die Steuersucher im Reichstag beantragt. Der Ausfuhrzoll auf Kali ist schon in der Steuerkommission des Reichstages angenommen worden. Um die durch magische Bewilligung für „Weltmachtspolitik“ in grauenhafte Anordnung gekommenen Reichsfinanzen aufzubessern, machen die Mehrheitsparteien (konservative, Zentrum, Nationalliberale, Antisemiten) allerhand Vorschläge; nur auf den von der sozialdemokratischen Partei und einigen nichtsozialdemokratischen Abgeordneten gemachten Vorschlag, eine direkte Reichseinkommensteuer zur starken Erfassung der reichen Leute einzuführen, lassen sich die Mehrheitsparteien nicht ein. Erst haben sie lustig darauf losbewilligt, tausende Millionen Mark Reichsschulden gemacht, nun soll die „Deckung“ beschafft werden durch neue Volksbelastung. Vernünftige Haushalter geben nicht mehr aus als sie ertragen können, die Mehrheitsparteien im Reichstag aber machen Schulden über Schulden, ohne sich vorher die Schuldenlösung zu überlegen. Jetzt haben wir den Schuldenstumpfen erreicht und jetzt, Volk, bezahle, bezahle, bezahle! Über die Reichsfinanzen müssen geschont werden, durch indirekte Steuern (Zolltarif usw.) wird darum die ärmste Familie stärker belastet wie der Millionär. Auch der Kohlenausfuhrzoll, dessen Einführung vorerst nur angedeutet wurde, würde in Form von höheren Kohlenpreisen auf die Volksmasse abgewälzt werden. Die Grubenpresse stellt dies schon ohne Scheu in Aussicht. Auch mit Bohnerduzierungen („Herabsetzung der Selbstkosten“) würden die Unternehmer sich schadlos halten. Die Kameraden sehen auch hier wieder: Zollpolitik ist Lohnpolitik!

Auf den Kaliausfuhrzoll, der insbesondere Amerika treffen würde — weil es hauptsächlich Kalialingefolge von uns bezieht — gutwortet das Ausland voraussichtlich mit hohen Kampfzöllen gegen unsere auf ausländische Rohstoffe (Baumwolle, Erze usw.) angewiesenen Industrien. Wieder müßten die Arbeiter bluten. So ist unser Wirtschaftsleben durch die sich fälschlich „national“ nennende Politik der Mehrheitsparteien von schweren Gefahren bedroht.

Führe man doch eine direkte Reichseinkommensteuer ein, die das geringe Einkommen steuerfrei läßt, aber die großen und größten Einkommen gehörig besteuert. Will man den Bergbau zu einer besonderen Steuerquelle machen, so entziehe man den Privatkapitalisten die Ausbeutung unserer Bodenschätze. Dann hat man eine große Einnahmequelle für den Reichsschatzsekretär geschaffen. Mit dem jetzigen indirekten Steuerystem muß ein Ende gemacht werden. Die Einführung eines Ausfuhrzolles auf Bergwerksprodukte würde eine neue Verschlechterung der Arbeiterexistenz bedeuten.

**Einführung einer Grubensfeldsteuer.** Die anhaltische Regierung schlägt in einem Gesetzentwurf die Einführung einer Grubensfeldabgabe vor, um der ausgedehnten Feldersperre durch nicht in Betrieb gesetzte Felder zu steuern. Es sollen vierteljährlich für je 4000 Quadratmeter bei Braunkohlen 50 Pfg. und bei Mineralen 1 Mt. Abgaben erhoben werden.

### Aus den Berggewerbegerichten.

#### Tätigkeit des Berggewerbegerichts Dortmund.

Das in 18 Spruchkammern eingeteilte Berggewerbegericht für den Ruhrbezirk (hauptst. Dortmund) hatte 1905 über 332 Klagenachen zu entscheiden, von denen 51 aus dem Vorjahre übernommen wurden. 1904 betrug die Zahl der Klagen 1012. Sämtliche Klagen waren von Arbeitern unabhängig gemacht. Erledigt wurden durch Vergleich 189, durch Gericht 84, durch Anerkenntnis nur 38, durch Vermittlungsurteil 70, durch „andere“, nicht näher bezeichnete „Sandurteile“ 364, auf andere, nicht näher bezeichnete Weise 120; unerledigt blieben 67 Klagenachen. Innerhalb 14 Tage nach ihrer Einbringung waren 117 Klagen erledigt, 146 waren nach 4 Wochen erledigt. Inmitten ist diese Entscheidungsfreist bedeutend länger wie an Amts- und Landgerichten. 337 Klagen betrafen Streitobjekte in Höhe bis 20 Mark, 334 von 20—50 Mark, 106 von 50—100 Mark, 77 von mehr als 100 Mark. — Leider wird in dem Bericht nicht angegeben, um welche Streitfragen es sich handelte, ob um Lohn, Gehälte, Kündigung usw. Dies zu wissen, wäre für eine eingehende Würdigung der berggewerbegerichtlichen Tätigkeit sehr notwendig. Die höchste Klagezahl hatte wieder die Spruchkammer Oberhausen zu erledigen (144), dann Dortmund III (97), Dortmund I (88), Süd-Essen (87), Dortmund II (61), West-Redlinghausen (61); die geringste Klagezahl hatte Werden (9). — Als Einigungsamt konnte das Gericht nicht funktionieren, weil die Unternehmer es ablehnten.

**Selbstmord.** (Sitzung vom 24. Februar 1906.) Zur Verhandlung standen fünf Sachen, sämtlich gegen die Knappchafts-Verursachungsgesellschaft Sektion VII. Der Hauer Geibel aus Neudorf hatte auf Vereinigt Feld eine Verletzung des Ellbogens und Quetschung am Bein erlitten, wofür er nach dem Gutachten des Dr. Belling im Kreiskrankenhilfs Zwickau, ebenso nach dem Gutachten des Dr. Willing in Aue zuletzt noch eine Rente von 33 1/2 Prozent erhält. Er verlangt mehr. S. ist z. B. beim Werke mit leichteren Arbeiten als Gademärter mit 240 Mark Schichtlohn beschäftigt. Es kam ein Vergleich dahin zustande, daß S. auf sechs Monate 50, dann 33 1/2 Prozent erhalten soll, vorbehaltlich des Widerrufs von Seiten des Sektionsvorstandes binnen vier Wochen. — Der Bergarbeiter Lorenz in Sportbich hatte am 15. April 1902 durch hereinbrechende Kohle auf Vereinigt Feld eine Verletzung des rechten Fußes erlitten, wofür er nach dem Gutachten des Hofrats Dr. Crede in Dresden noch eine Rente von 15 Prozent erhalten soll infolge Eintretens wesentlicher Besserung. Der Vorsitzende behagte einen Vergleich in der Weise an, daß L. eine 15prozentige Rente weiter erhalten soll, außerdem die Reisekosten pro Bahn von Dresden nach Göhlitz. Der Vertreter der Verursachungsgesellschaft erklärte sich zu diesem Vergleich bereit. Wohl aus Unkenntnis der Sachlage ging L. auf diesen Vergleich nicht ein, und so lautete das Urteil auf Abweisung der Klage, d. h. es bleibt bei 15 Prozent ohne Reisekostenentschädigung, die 8—10 Mark betragen hätten. — Einen Zusammenhang seines jetzigen Kopfschmerzes wollte der Bergarbeiter Behner in Wielau mit einem am 23. April 1896 auf Deutschland erlittenen Unfall, Quetschung am Kopfe, herleiten. E. war nach Verlauf von fünf Wochen wieder angefahren, hatte somit keine Unfallschädigung erhalten, weil die Krankheit nicht über die 13. Woche hinaus dauerte. Ein ärztliches Zeugnis des Dr. Weber in Zwickau bringt die bestehenden Kopfschmerzen ebenfalls mit dem Unfall

vom 23. April 1896 in Verbindung. Leider hat der Kläger erst am 18. November 1905 aus Unkenntnis Anspruch auf Unfallschädigung gemacht. Seine Berufung mußte, den Bestimmungen in § 72 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes gemäß, nach welchen in zwei Jahren die Berufung eintritt, zurückgewiesen werden. — Der Tagesarbeiter Meinel aus Hohnstein-Guthaus hatte am 3. Januar 1903 auf Kaisergrube einen Bruch des linken Handgelenkes erlitten. Nach dem Zeugnis des Dr. Hoffau in Hohnstein sollte seine ihm zuletzt gewährte Prozentrente ab 1. Januar 1906 auf 10 Prozent herabgesetzt werden, wogegen sich die Berufung richtete. Vergleich: „Nach ein Vierteljahr, bis 31. März 25 Prozent, von da ab 10 Prozent.“ — Der Bergarbeiter Kumbus in Hohndorf hatte am 23. Mai 1905 eine Verletzung am Hinterkopfe davongetragen. Er wurde zunächst in der Heilanstalt Aue untergebracht und von dort mit 88 Prozent Entschädigung entlassen. Nach zehnter Monate hatten sich bei ihm Ohrenschmerzen mit Schwerhörigkeit eingestellt; er wurde im Zwickauer Kreiskrankenhilfs untergebracht. Nach dem Gutachten des Unfallarztes ist das Ohrenleiden in seinem ursächlichen Zusammenhang mit dem Unfall vom 23. Mai 1905 zu bringen, und wurde die Berufung zurückgewiesen. Dem Kläger wurde noch anheingegen, sich an seine Krankenkasse zu wenden, da diese für das Ohrenleiden einzutreten müsse.

### Aus den Berggewerbegerichten.

**Hundertjähriges Berggewerbegerichtsjubiläum.** Am 18. März werden es 100 Jahre, seitdem das erste Berggewerbegericht begründet worden ist, wie die fastwöchliche Arbeitsmarktforrespondenz hervorhebt. Es ist das consoll des prud'hommes für das Seldeingewerbe zu Lyon, mit welchem Napoleon den Versuch machte, Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern durch erwählte Vertreter beider Teile in einem einfachen und billigen Verfahren zur Entscheidung zu bringen. Diese Einrichtung ist das Muster für die übrigen consolls des prud'hommes in Frankreich und Belgien, für die collogi dei probiviri in Italien, sowie für die Berggewerbegerichte in Deutschland, Österreich und Schweiz geworden. In keinem Lande hat diese Einrichtung durch den Druck, den die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterkraft auf den Ausbau ausgeübt hat, eine größere Bedeutung gewonnen, als in Deutschland, wo sie durch Reichsgesetz für alle Städte von mehr als 20 000 Einwohnern obligatorisch gemacht und durch die Einführung der Kaufmannsgerichte in ihrer Bedeutung verdoppelt wurde. Da infolge dessen in der berggewerbegerichtlichen Literatur Deutschland heute im Vordergrund steht, so ist es beinahe in Vergessenheit geraten, daß es sich bei den Berggewerbegerichten um eine ursprünglich französische Einrichtung handelt — wie bei so vielem, was wir erst unseren französischen Nachbarn verdanken!

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Konkurrenzkampf zwischen Braun- und Steinkohle.

Die Braunkohle, vorzüglich die aus ihr bereiteten Briquets und Maßpreßsteine, erobern sich nicht nur in Mittel- und Ostdeutschland größere Absatzgebiete, sondern die rasch zunehmende Braunkohlenförderung im linksrheinischen Braunkohlenbeken macht sogar dem rheinisch-westfälischen Kohlenprodukt Absatz. Ein Versuch des Kohlenyndikats (Verkaufskontor Dortmund), sich mit dem Braunkohlenbriquet-Verkaufsberein (Köln) über den Verkaufspreis für das Konkurrenzgebiet zu verständigen, ist fehlgeschlagen. Infolge dessen erläßt die Syndikatsagentur einen Klus des Inhalts, künftighin den Absatz ihrer Lieferungsbedingungen unumschlichtlich in Anwendung zu bringen. Danach ist es den Abnehmern unterzagt, Braunkohlenbriquets weder direkt noch indirekt anderweitig zu kaufen oder zu vertreiben, da sich sonst die Preise bei sämtlichen Lieferungs-Verträgen für die ganze Vertragszeit um 0,50 Mark pro Tonne erhöhen. Natürlich ist das kein Terrorismus, den über bekanntlich nur die Arbeiter aus. Daß selbst das mächtige Kohlenyndikat zu solchen Maßnahmen gegen die konkurrierende Braunkohle greift, beweist, wie bedeutungsvoll sie geworden ist. Vor wenigen Jahren noch hätte man es kaum für möglich gehalten, daß die Braunkohle in einen ernsthaften Wettbewerb mit der Steinkohle treten würde. Allgemein hielt man die Anwendbarkeit der Braunkohle als Brennstoff für viel beschränkter als die der Steinkohle. Inzwischen haben eine Reihe Fortschritte der Heizungs-technik, sowie die Verwertung der Braunkohle in Form des Briquets der Braunkohle ein bisher für unmöglich gehaltenes Anwendungsgebiet erschlossen. Wie stark der Wettbewerb der Braunkohle geworden ist, das zeigt ein Vergleich der Kohlenförderung während der letzten 22 Jahre. Es betrug nämlich in Deutschland die Förderung von

	Steinkohle	Braunkohle
1884	57,2 Mill. Tonnen	14,8 Mill. Tonnen
1889	67,3 " "	17,6 " "
1895	79,1 " "	24,7 " "
1900	109,2 " "	40,4 " "
1903	116,8 " "	45,8 " "
1904	120,8 " "	48,6 " "
1905	121,1 " "	52,4 " "

1884 betrug die Braunkohlenförderung kaum mehr als den vierten Teil der Steinkohlenförderung; heute fehlt nicht mehr viel, daß sie die Hälfte dieser Förderung ausmacht. Der Wettbewerb ist für die Steinkohle um so empfindlicher, als die Gesteinskosten und infolge davon auch die Verkaufspreise für Braunkohle weit unter denen für Steinkohle stehen, und der Unterschied im Preis dieser Minus bei weitem nicht mehr ausgleicht. Neben den günstigeren Abbaueverhältnissen sind es namentlich die sehr niedrigen Löhne, die die Gesteinskosten für Braunkohle so stark herabdrücken. Dauer- und Förderlöhne von 2 bis 2,50 Mark sind keine Seltenheit. Es gibt sogar erwachsene Arbeiter, die nur 2 Mark im Gebirge verdienen. Die Folge der niedrigen Löhne ist ein starker Arbeiterwechsel; aber der Zufluß billiger Arbeitskräfte ist unerschöpflich. Namentlich gilt dies von dem Braunkohlenbergbau in der Provinz Brandenburg. Hier kommen aus dem landwirtschaftlichen Teil der Mark, Schlesiens und Pommerns hauseigene Landarbeiter zu den Werken, um Gruben- oder Fabrikarbeit zu verrichten.

Die Braunkohlenwerke können aber recht gut bessere Löhne zahlen, der Werksüberschuß läßt es zu. Um nur einige Werke zu nennen: Es verteilen in den letzten zehn Jahren jährlich Dividenden: Braunkohlen- und Briquetindustrie Berlin 7—12 Prozent des Aktienkapitals, Niederlausitzer Kohlenwerke 3—12 Prozent, Klarenberg 5—12 Prozent, Fortuna-Giersberg 4—6 Prozent, Vereinsglück-Neufelwit 20—36 Prozent, Raumburg 10—18 Prozent, Rositz 9—15 Prozent. Die Kameraden in den Braunkohlenrevieren lassen sich vielfach gedulbig mit Hungerlöhnen abfinden, statt gerechten Lohn für ihre schwere Arbeit zu verlangen. Vielfach wissen die Belegschaften gar nichts von Organisation. Deswegen sind auch die jämmerlichen Arbeiterverhältnisse verständlich. Die Braunkohle erobert sich stets weitere Absatzgebiete, die Unternehmer werden mehrfache Millionäre und der Arbeiter bleibt arm wie Hob. Wie lange noch, Kameraden?

**Die Geschäftslage im sächsischen Braunkohlenbergbau** war 1905 nach dem Leipziger Handelskammerbericht recht günstig. Der Absatz der Werke, deren Zahl sich durch die im Laufe des Berichtsjahres erfolgte Gründung der Leipzig-Dölger Kohlenwerke auf drei erhöht hat, ließ zwar in den Sommermonaten infolge geringeren Bedarfs der Industrie an Kohlen etwas zu wünschen übrig, mit dem Eintritt der allgemeinen besseren Geschäftslage im August mehr als eben möglich, bis zum Jahreschluß den entstandenen Ausfall mehr als wett zu machen. Vor allem war dies dem Umstande zu danken, daß die Industrie bis zum Schluß des Jahres beschäftigt war. Es wurde wieder über Mangel an Eisenbahnwagen geklagt, ein Umstand, der übrigens dem Leipzig-Dölger Werke zuzutaten kam, insofern dieses vermöge seiner Lage





Selbst in Mordrecht gefunden und es wäre nicht notwendig gewesen, die Bergarbeiter, um ihre Lebensgrundlage zu erhalten, zu bringen. Die Bergarbeiter der Gegend haben schon seit langem nach der Gegend hinzuweisen, und auch die noch hier sind werden auf alle Fälle, sobald das Frühjahr kommt, ihr Heimweh nach dem Grunewald nicht mehr heimlich können.

**Oberbergamtsbezirk Bonn.**

**Saargruben, Schacht II (Saargebiet).** Das Verfahren von 1/4 Schichten ist hier im Schwunge. Es wird zwar niemand dazu gezwungen, aber schon manche, die dem Befehl nicht Folge leisteten, mußten eine bittere Pille schlucken. So mußten am letzten Sonntag die Leute, welche zur bestimmten Zeit ausführen wollten, es entbanden, bis 4 Uhr auf Auszahlung ihres Lohnes warten. Es entstand dadurch eine solche Erregung, daß verschiedene Fensterstöße als Mittel zur Befriedigung der Arbeiter zu gebrauchen, daß das Uebelwollende freiwillig geschähe, dann kann man aber auch den Leuten, die eben keine „Freiwilligen“ sein wollen, den Lohn zur bestimmten Zeit auszahlen. Auch soll das Fudeln bei der Seilsfahrt hier hart ein-gerissen sein. Man wird dies nur verurteilen, aber auch das Benehmen des Steigers Berg kann nicht dazu beitragen, Ordnung zu schaffen, nicht uns, doch mitgeteilt, daß er einen Kameraden, an dem die Reihe zur Seilsfahrt war, am Arme zurückzog mit der Behauptung, der Kamerad fahre immer zuletzt ein und wolle zuerst heraus. Der Herr Steiger möge sich erst überzeugen, wie sich die Sache verhält, ehe er so schroff vorgeht.

**Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.**

**Bege Möncheberg bei Kassel.** Sonst war es hier Mode, daß am Tage vor hohen Festen nur achtstündig gearbeitet wurde. So wie der neue Herr Betriebsführer R. E. m. a. n. sein Amt antrat, glaubte man jedenfalls die zwölfstündige Arbeitszeit sei den Kameraden so aus-gerichtet, daß man sie absolut auch nicht vor Feiertagen abkürzen dürfe. Bewußt man sich über das niedrige Gehalte, so heißt es: „Ja, ihr habt früher viel zu viel verdient, jetzt wird es anders, ihr könnt auch mit geringem Lohn auskommen.“ Herr Reitmänn mit seinen zehn Kindern, sollte doch selbst wissen, wie teuer heutzutage ein Haushalt zu stehen kommt, doch wird er es bei seinem Gehalt nicht so merken, da ja auch für verschiedene Herren die Wohnung nichts kostet. Herr Reitmänn ist ein Arbeiter, so kann er sofort hören: „Ja, wenn es Ihnen nicht paßt, so können Sie gehen.“ Damit schafft man aber keinen zufriedenen Arbeiterstamm. Herr Steiger Schneider meint nun gar, eine Anzahl Krügel würde die Rationalisierenden schon zur Ruhe bringen. Der Herr würde vorzüglich als Rationalisierender nach Ausland tappen, der deutsche Arbeiter läßt sich aber keine Krügel mehr bieten. Auch rufen wir Herrn Schneider auf die „Bergarbeiter-Zeitung“ zu abonnieren, damit er die Sache nicht immer zu vorzugen braucht. In euch ihr unorganisierten Arbeiter richten wir aber die Mahnung, organisiert euch, denn nur einig und geschlossen können wir unsere Lage verbessern.

**Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.**

**Kaiser Wert Marienglad (Senftenberger Revier).** Der Artikel vom 28. Januar muß nicht ohne Eindruck geblieben sein, denn Ueber-stunden werden nicht mehr gemacht. Am 10. Januar äußerte sich Steiger W. Schmidt, daß diejenigen, die zu früh ausfahren, keine Brille mehr erhalten. Dann mag sie das Wert behalten, wo anders bekommt man dieselben ebenso billig, wenn man keinen Bruch und rissige Steine haben will, die uns hier wohl 15 Bfg. billiger kommen. Unlängst wurden drei Kameraden, die sich vorchristlich einfauldiht hatten, mit einer Mark wegen Feiern bestraft, worauf dieselben, die sich während der Zeit nach anderer Arbeit umgesehen hatten, kündigten. Als nun diese Leute andern Tags anfahren wollten, durfte nur ein Mann anfahren, die andern zwei mußten im Rechenaal bleiben, doch wurde ihnen versichert, daß sie ihren Lohn bekämen. Am nächsten Tage verforchten sich die Weiden mit Reizungen und Büchern, damit, wenn sie wieder Stubenarrest bekämen, sie sich wenigstens nicht langweilen. Doch war diesmal ein Pfälzer für sie erspart, sie mußten an der neuen Vorrichtung, den Stollen weiter aufschauen und konnten in ihrer Abgeschlossenheit niemanden durch Agitation „vergehen“. Im Ofenfeld könnte besser für Trinkwasser geloggt werden, auch in der Mittelstraße könnte frisches Wasser bereitstehen. Im Januar hatte ein Kamerad ein Verhör beim Direktor Gebhardt, im Beisein des Arbeiterausschusses. Als nun der Kamerad nach dem Verhör kündigte und am folgenden Tage anfuhr, wurde ihm der Abtreibschlein gegeben, auch wurden ihm 47 Mark ausbezahlt. Wer nicht so übel ist, sondern auf diesem Werte soviel ausbezahlt, daß es noch ein schönes Summen kosten wird, wenn man sie so mir nichts dir nichts entlassen will.

**Grube Sandhammer.** Hier ist eine fünfprozentige Lohnhöhung in Kraft getreten und es war auch an der Zeit, bei den schlechten Löhnen und den teuren Lebensmitteln. Zugleich wurde versprochen, nochmals 5 Prozent zuzulegen. Warum denn nicht gleich? Der Sperling in der Hand, ist immer besser, als die Taube auf dem Dache. In der Fabrik scheint noch die Zeit des Faustrechts zu bestehen, wenigstens läßt alles darauf schließen, was uns von dort gemeldet wird.

**Grube und Fabrik Eschergosda.** Die Grubenverhältnisse sind hier schlecht und die Arbeitszeit eine lange. Die Arbeiter der Fabrik hielten schon mehrmals um Lohnhöhung an, es wurde ihnen auch eine Zugabe, doch bis heute warten die Arbeiter noch darauf. Die An-triebskraft der Beamten wird hier immer schlimmer, so kontrollierte der Meister unlängst in einer Woche des Nachts achtmal. Treibt denn der Aufseher Waltherr nicht die Leute schon genug zur Arbeit an? Aber es handelt sich ja hier auch um den Geldbeutel der Beamten, je mehr Loren-gelder, desto besser wird er. Bei der zwölfstündigen Arbeitszeit glauben die Herren noch nicht nötig zu haben, Zeit zum Essen zu lassen. Wenn es nicht flott genug geht, heißt es gleich: „Fauler Bunde, wenn's euch nicht paßt, könnt ihr gehen, Arbeiter gibt's genug.“ Unlängst fand eine Sitzung des Arbeiterausschusses statt; ob dort Mißstände verhandelt wurden, oder gibt es dort keine? Alle Fabrik-, Abraum- und Gruben-arbeiter müssen in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, dann wird es auch hier anders werden.

**Königreich Sachsen.**

**Sahnsgrube bei Grimma.** Ein tüchtiger Agitator für den ver-hafteten Bergarbeiterverband ist hier der Obersteiger Lange. Herr Lange glaubt, durch seine Weisheit, die er jetzt verzapft, den Kampfes den Organisationsgedanken wieder auszuereben. Er erzählt seinen Un-tertanen, daß der Referent nicht unter 10 Mark hierher gekommen sei und daß alles müßte die Mitglieder bezahlen. Die Arbeiter hätten es aber sehr gerne gesehen, wenn Herr Lange seine Behauptungen in der letzten Versammlung aufgestellt hätte. Die gewöhnlich ist man aber dazu zu feige und erzählt nur, was die Kammeraden, wo keine Widerlegung zu befürchten ist. Die Arbeiter hören sein albernes Geschwätz ruhig an und mancher sagt sich, wenn durch eine gute Bergarbeiterorganisation nichts zu erreichen wäre, würde dieser Demoskribe — pardon Ober-steiger nicht mit allen erdenklichen Mühen die Organisation bekämpfen. Was kann es sehr recht sein, je mehr dieser Herr dagegen arbeitet, desto besser für uns. Denn dadurch wird den Arbeitern Gelegenheit geboren, täglich über ihr erbärmliches Vergnügen nachzudenken und die Mittel zur Verbesserung ihrer Lage finden sie in der Organisation. Also, Herr Lange, nur tüchtig weiter in die Richtung der Wahrheit, dann wird die Organisation eurer Kameraden, die der letzten Bergarbeiter-versammlung ihr Programm zu erörtern. Wir erwähnen Ihnen voll-ständige Arbeit, Kameraden, in der letzten Bergarbeiter-versammlung darf kein Grubenarbeiter fehlen.

**Grube Victoria bei Coschütz.** Schon öfters schmiedete Gewerkschaft Victoria die Bergarbeiter-Zeitung. Am 28. Februar kam ziemlich unerwartet die Bergbehörde. Schnell wurden Brucharbeiten vorgeföhren und die Kameraden wurden Strafen anzuken. Als die Last wieder voll war, wurden die Brüche wieder aufgemacht und die Förderung ging aus diesen schon vorgeföhrenen Brüchen lustig weiter. Als der Berginspektor den Grubenbeamten fragte: „Wo haben Sie die Bruch-arbeiter?“, antwortete der Beamte: „Wir haben heute keine Bruch-arbeiter.“ Schlimmer kann doch die Bergbehörde nicht hinter's Licht geführt werden. Wie man hier die Arbeiter behandelt, ist einfach Hundstall. Man reduziert das Gehalte ohne nur der Belegschaft die genaueste Mitteilung zu machen. Am letzten Sonntag geschähe unter Berufung der Belegschaft die Lohnung. Die Lohnung stimmte nicht, die Beamten zogen in Massen ins Komot. In ihrer Angst versprachen die Beamten die Differenz bei der nächsten Lohnung nachzugeben. Selbst-verständlich regte derartiges die Bergarbeiter auf und wurde verlangt, die Schicht. In der ganzen Gegend ist die ungewohnte Lohnreduzierung schuld und die Kameraden bestraft man wegen der Schichtversammlungen. Am Montag den 27. Februar prangte ein Ausschuss in der Bergbehörde.

wonach pro Wagen bei verschiedenen Arbeiten ein Pfennig, zwei Pfennig und sechs Pfennig weniger gezahlt werden wie bisher. Nicht einmal die achtstündige Arbeitszeit wird eingehalten, sondern am 1. März tritt dieses neue „verbesserte“ Gehalte in Kraft. Kürzlich beschwerte sich ein Bergarbeiter, daß die Abortkübel nicht mehr zu benutzen seien, vor Gestank könne man nicht hingehen, zum Ueberlaufen voll seien die Kübel. Wie lange mögen diese wohl gestanden haben? Na, der Kamerad sollte sich nicht umsonst über den Gestank beschwert haben, man trug diesem anspruchsvollen Kameraden die Arbeit der Kübel-entleerungen auf. Die Beamten blickten für sich: Du beschwert dich nicht wieder nach diesem Unbraggeschick. Ueber den entlassenen Steiger Oberst gehen verschiedene Gerüchte um, manche meinen, Steiger Oberst habe zu sehr auf Ordnung sehen wollen, was man hier aber durchaus nicht liebt. Nur seinen Schichtlohn, sondern Wagen voll Kohlen werden verlangt. Der Raubbau soll gedeihen. Arbeiter erklärten, ganz Victoria sei ein Bruch. Die Behörde findet aber keine Verliche, möge man doch die Strecken für den Ueberlauf, vielleicht ist da nicht alles in Ordnung? Dann wollen wir der Bergbehörde noch verraten, daß eine Vadeanstalt am Fährschicht notwendig ist, ja sogar dringend notwendig. Im Interesse der Sittlichkeit und der erbärmlichen Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiter, und vor allen Dingen schon aus Gesundheitsrück-sichten, verlangen wir Vadeanstalten. Den Arbeitern muß Gelegenheit gegeben werden, nach der Schicht ihre nassen Grubenkleider mit trockenen zu wechseln. Auch muß für jugendliche Arbeiter ein Vade- und Ankleide-raum extra da sein. Warum ist hier die Lage der Bergarbeiter so traurig? Nur die Unmöglichkeit, Gleichgültigkeit und das geringe Gehalte ist schuld an den nichtigen Verhältnissen. Die Belegschaft muß erwachen und sich dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands anschließen, dann wird auch hier Änderung eintreten.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**Carnollfreuden-Schacht.** Herr Steiger Birnbaum von Ab-teilung III könnte sich als gebildeter Mann das Fluchen abgewöhnen. Seinen Ueberstunden nach scheint der Mann auch ziemlich rausflugs zu sein. Vielleicht gewöhnt er sich dieses ab. Wenn dann noch in seinem Revier die Mißstände abgestellt sind, werden wir auch mehr Achtung für diesen Herrn übrig haben. Die Trinkkassen sind manchmal in einem solchen Zustand, daß es wirklich Ueberwindung kostet, aus denselben zu trinken. Die Winne zum Wagenumziehen muß man sich selbst schämen und verläßt man dabei mehr Zeit, als die ganzen Plöcke wert sind. Die Verwaltung würde noch ganz gut bestehen können, wenn sie auch die Winne fertig lieferte. Die Bremsberge dürften besser in Ordnung gehalten werden, auch fehlen immer Kästen. Bewußt man sich, so heißt es, es sind doch genug da. Gewiß, vielleicht oben in der Schinde, aber nicht in der Grube. Der Lohn ist niedrig, die Braudohlen sind nicht ausreichend und kann es passieren, daß der Bergmann, der die schwarzen Diamanten aus Tageslicht holt, in seiner Behausung mit seiner Familie friert und hungert. Mann für Mann müssen wir der Organisation be-treten, um uns bessere Verhältnisse zu erkämpfen.

**Friedensgrube (Oberschlesien).** Bei der Seilsfahrt am 6. März verunglückten 14 Kameraden durch starkes Aufziehen des Förderortes. Fünf sind schwer verletzt, die anderen leicht. Sämtliche Verletzte sind im Knappschaftszugazette in Bielschowitz untergebracht, die Jagd nach Kohlen fordert immer mehr Opfer.

**Aus dem Kreise der Kameraden.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

**Die Forderungen abgelehnt.**

Auf die von der Siebenerkommission abgelesene Eingabe betreffend Forderung von Lohnreduzierungen, die in der letzten Nummer unseres Blattes angeführt war, traf vom Bergbauverein folgendes Schreiben ein: An Herrn Johann Effert, Alteneffen. Unter höflicher Bezugnahme auf unser Schreiben vom 23. ds. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß Ihr Antrag auf baldige Aufbesserung der Löhne in der heutigen Sitzung unseres Vorstandes zur Verlesung gekommen ist. Der Vorstand hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, in Ihnen und den mitunterzeichneten Herren die Vertreter der Belegschaft im Ruhrkohlengebiet nicht erblicken zu können. Auch ist der Vorstand nicht in der Lage, den Mitgliedern des Vereins in Bezug auf die Arbeitslöhne irgendwelche Vorarbeiten zu machen, es schließt vielmehr jede Belegenverwaltung selbständig die Schichtlöhne und Gehalte mit den einzelnen Arbeitern und Kamerad-schaften ab. G. L. A. A. f. l.

**Verein für die bergbaulichen Interessen. Kleine. Bängel. Punkte.**

Die Herren fühlen sich nicht veranlaßt, die Siebenerkommission und damit die Bergarbeiterorganisationen als Vertreter der Kameraden anzuerkennen. Belegschaftsversammlungen müssen den Grubenprogen nun zeigen, daß das, was die Siebenerkommission in ihrer Eingabe forderte, Wunsch und Wille der Belegschaften war, und die Herren müssen eben dann die Löhne erhöhen, ohne die Siebenerkommission anzu-erkennen. Da der dritte Absatz des Schriftstückes klar zeigt, daß auch die Arbeiterausschüsse zum Einreichen von Lohnforderungen im Namen der Belegschaft für die Belegenherren nicht maßgebend sind, so werden die Kameraden in den Belegschaftsversammlungen einen Mann zu wählen haben, der ihre Forderungen überbringt. Die Gruben-magnaten haben aus dem letzten Streit nichts gelernt, sie die keinen Zentner Kohlen einzeln verkaufen, die großen Syndikaten zu ihrem Nutzen angeschloffen sind, spotten der Kameraden, indem sie nur mit „einzelnen“ verhandeln wollen, um diese übers Ohr zu hauen.

**Bochum.** Die Opfer von Borussia scheinen doch noch ihre Sühne finden zu sollen. Am 14. März sind wir vorgeladen, um Zeugen für die von uns gegenüber Borussia gemachten Behauptungen anzugeben. Die Kritik Gues und Böhmelsburgs im Reichstag, wird wohl zur Auf-klärung ein gutes Teil beigetragen haben.

**Bochum. Verunglückter Eisenimport.** In Nr. 9 unserer Zeitung brachten wir einen kurzen Auszug aus dem Grazer „Arbeiter-willen“; doch trotz des da geschilderten schlechten Empfanges der Menschen-händler in Graz war es diesen gelungen, einen Transport Leute für Bege Schamrod III und IV in Wanne anzuwerben. Am Bestimmungs-orte angekommen, weigerten sich aber die Angeworbenen, anzufahren, da man ihnen Versprechungen in ihrer Heimat gemacht hatte, die nicht der Wahrheit entsprachen. Die Hierhergelockten riefen nun eine Versammlung ein, in der Kamerad Wisfmann von hier referierte. Folgende Resolution fand Annahme:

„Die heute am 1. März im Lokale des Wirtz Homburg zu Wanne tagende, von den hierher geladenen Oesterreichern einberufene und be-suchte Versammlung ersucht den österreichischen Generalkonsul zu Wien, als Vertreter seiner Landsleute auf die Bege Schamrod einzutreten, daß die unter falschen Versprechungen hierher gelockten Oesterreicher auf Kosten der Verwaltung in ihre Heimat zurückkehren können. Man verschwiege den hergelockten Arbeitern, die in der Mehrzahl keine Ahnung von der Grubenarbeit haben, daß die Ruhrbergleute gewillt sind, Lohnforderungen zu stellen. Die Werber sprachen ferner von einer neuen Bege, wo die hergelockten Arbeiter Arbeit fänden. Bege Schamrod ist aber schon seit den neunziger Jahren im Betrieb. Ferner versprach man den Leuten einen Mindestlohn von 3,90 M. Da aber Leute, die von der Bergarbeit nichts verstehen, da sie noch nie auf einer Grube gearbeitet, diesen Lohn hier nicht verdienen, so ist die Verwaltung der Bege Schamrod verpflichtet, für die Rückreise der Arbeiter oder für eine schriftliche Garantie des Mindestlohnes zu sorgen.“

In der Hoffnung, daß der österreichische Generalkonsul als be-ratener Vertreter der österreich-ungarischen Monarchie diesen Untertanen der österreichischen Kronländer allen Schanz angezeihen läßt, warten wir auf baldige Regelung dieser Sache in Namen ihrer Landsleute und Arbeitsschichten. (Folgen die Unterschriften.)

Die Versammlung war von Erfolg begleitet. Am 6. März wurden die Leute auf Kosten der Bege Schamrod III und IV in ihre Heimat befördert. Der österreichische Generalkonsul in Wien hatte die nötigen Schritte eingeleitet. Kost und Logis kann die Bege berappen, außer den 80 Mark Vorfuß, den die meisten weg hatten. Der Direktor Selbach der Bege Schamrod hatte sich selbst am Bahnhof eingefunden, um die Kosten der Retourfahrt zu decken. Es mag ihm wohl etwas wehe dabei geworden sein. Die ganze Geschichte soll der Bege-nverwaltung pro Mann auf 400 M. zu stehen kommen, also der ganze Spieß auf ungefähr 50 000 M. Die Transporte von Angeworbenen, die nach Wanne kommen sollten, sind ausgefallen. Jedenfalls wird nun der Begeverwaltung von Schamrod III und IV der Appetit nach Steiermärken vergangen sein.

**Bödinghausen.** In der am 11. Februar stattgefundenen, stark besuchten Versammlung, in der unser Kamerad Buche referierte, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung spricht ihr Einverständnis mit dem am 11. und 12. Februar vom Bergarbeiter-Delegiertenrat in Essen gefassten Beschlüssen aus. Ramentlich hält sie es für die höchste Zeit, daß der Belegschaft baldigst nachgeliefert wird. In Anbetracht, daß die Belegschaft durch die Grenzsperrre, Fülle usw. seit Jahresfrist enorm gestiegen sind und durch Inkrafttreten der neuen Handelsverträge noch weiter steigen werden, erachtet es die Versammlung für erforderlich, daß den Bauern und Lehrbauern im Bedinge ein Mindest-Durchschnittslohn von 5,50 M. und im Schichtlohn von 5 M., sowie den Schleppern, Pferdewerbern usw., auch allen Tagesarbeitern ein ent-sprechend erhöhter Lohn gezahlt wird. Die günstigen Ueberblicke der Werksbesitzer sollten dieselben veranlassen, diese berechtigten Lohnsätze zu berücksichtigen und sie baldigst einzuführen.“

Eine zweite Resolution, in der gegen das Behalten des Knappschafts-beamten Däumler protestiert wird, indem derselbe die Bergarbeiter als minderwertig betrachtet, doch das von ihnen gezahlte Gehalt sicher nicht von sich weist. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß zwei Direktoren genügen und kein dritter nötig ist. Herr Däumler sollte als Reserveoffizier aus dieser Resolution die richtigen Konsequenzen ziehen und die Löhre hinter sich zumachen, die Bergarbeiter würden ihm sicher keine Träne nachweinen.

**Müheim-Gothausen.** In der Zahlstellenversammlung vom 11. Februar wurde beschlossen, das Lokal des Wirtz Johann Wuschmann zu meiden. Der Grund liegt darin, daß der Wirt, der uns schon früher rücksichtslos behandelte, heute, nachdem er eine zeitlang uns mit Versprechungen hingehalten hat, von neuem mit den Knappschaftsvereinen in Verbindung und seinen Saal für öffentliche Versammlungen nicht einräumt. Bezeichnend ist, daß der Wirt, der noch im Arbeitsverhältnis steht, erklärte, wenn er uns den Saal einräumte, so würde er ganz bestimmt von dem Direktor der Maschinenfabrik der Firma Meyer & Co in p. gemahregelt. Er hätte jetzt ein zufriedenes Aussehen, dies wolle er sich nicht durch uns verderben. Schädigt den Wirt nicht durch Besuch seines Lokals, sondern verzehret eure Grodchen dort, wo man euch gerne sieht.

**Ober-Maryloh.** Auf viele, uns zugegangene Anfragen, erklären wir, daß wir dem beim Wirtz Eikle tagenden Knappschaftsverein nicht an-zugehören und derselbe mit unserem Verbands nicht das geringste zu tun hat. Dies geht schon daraus hervor, daß die Bege Reumühl diesem Knappschaftsverein 300 Mark zur Anschaffung einer Fahne geschenkt hat. Kameraden, laßt die Knappschaftsvereine, stärkt die Organisation, denn ein Verein, der von der Bege Geschenke bekommt, kann sicher nicht zum Nutzen der Arbeiter wirken. Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Ober-Maryloh.

**Lohnbewegungen und Streits.**

**Mit dem Streik der Kaliberarbeiter auf Justus I in Volpriehausen.**

Auf dem Kaliberwert Justus I in Volpriehausen (Provinz Hannover) stehen seit Montag den 5. März ca. 600 Kaliberarbeiter wegen Lohn-differenzen im Streik. Die Belegschaft, welche sich aus 483 unterirdisch beschäftigten und 186 Ueberstagsarbeitern zusammensetzt, ist in ihrer Mehrheit im Verbands der Bergarbeiter Deutschlands organisiert.

Der Anlaß zum Streik ist folgender: Am 25. Februar erklärte der Arbeiterausschuss und die Lohnkommission bei der Verwaltung folgende Lohnforderungen ein:

1. Erhöhung der Schichtlöhne für die Dauer von 3,50 auf 4,00 M.
  - Lehrbauer „ 3,25 „ 3,80 „
  - Förderleute „ 3,00 „ 3,50 „
2. Erhöhung der Akford- bezw. Bedingelöhne um 15 Prozent.
3. den Fabrik- und Tagesarbeitern ist ein Schichtlohn von 3,50 M. zu zahlen.
4. den jugendlichen Arbeitern von 14—15 Jahren ist ein Schicht-lohn von 1,75 M., von 15—18 Jahren ein solcher von 2,00 M., von 16—18 Jahren ein solcher von 3,00 M. pro Schicht zu zahlen.
5. Lehrbauer, welche ununterbrochen zwei Jahre auf dem Werte gearbeitet haben, sollen den Dauerlohn und Förderleute unter der gleichen Voraussetzung den Lehrbauerlohn verdienen.
6. Maßregelungen dürfen wegen Vertretung dieser Forderungen oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation nicht vorgenommen werden.
7. Sämtlichen Akfordarbeiten ist für jede verfahrens Schicht der geforderte Schichtlohn als Mindestlohn zu garantieren. Aus-genommen sind solche Schichten in denen der Arbeiter wegen Krankheit, Trunkenheit oder großer nachweislicher Lässigkeit, den entprechenden und üblichen Lohnsatz nicht verdienen.

Diese Forderungen waren noch näher begründet und wurde am Schluß die Verwaltung ersucht sich bis zum 8. März zu erklären und etwaige Verhandlungen stattfinden zu lassen. Auf diese Forderungen erhielten die Arbeiterausschussmitglieder unterm 2. März ein Schreiben, in welchem der Eingang der Lohnforderung bestätigt wurde. Gleichzeitig wurde der Arbeiterausschuss zu einer außerordentlichen Sitzung auf Montag den 12. März eingeladen. Auch wurde mitgeteilt, daß der Aufsichtsrat am 3. März in Köln Sitzung habe und sei die Verwaltung bereit, den Arbeiterausschussmitgliedern am Montag den 5. März Mitteilung über die etwaigen Beschlüsse desselben zu machen. Zum Schluß wurde der Arbeiterausschuss auf seine Pflicht aufmerksam gemacht, daß er das gute Einvernehmen zwischen der Aufsichtverwaltung und der Belegschaft aufrecht zu erhalten habe. Des ferneren beteuert die Verwaltung, daß sie bereit sei, die Wünsche der Belegschaft einer „wohlwollenden“ Prüfung zu unterziehen und denselben möglichst entgegen kommen werde.

Am Sonntag den 4. März fand nun eine Versammlung der Beleg-schaft statt, welche von 500 Bergarbeitern besucht war. In dieser Ver-sammlung wurde die Antwort der Grubenverwaltung bekannt gegeben und auf Anraten des Verbandssekretärs Sufemann-Bochum beschlossen, daß der Arbeiterausschuss am Montag mittag die Verwaltung nach den Beschlüssen des Aufsichtsrates fragen solle. Auf Montag nachmittag wurde dann eine neue Versammlung einberufen, die den Bescheid der Grubenverwaltung entgegenzunehmen und endgültig zu beschließen habe. In dieser Versammlung am Sonntag wurden schon Vor schläge gemacht, die Arbeit sofort einzustellen, denn die Verwaltung geht nur darauf hinaus, die Sache zu verschleppen, um die jetzige günstige Konjunktur in der Kalindustrialie noch auszunutzen.

Besonders wurde von einigen Bergarbeitern darauf hingewiesen, daß statt der Lohnreduzierung am 1. März von einer ganzen Reihe Be-triebsspunkten eine Reduzierung der Bedingelöhne eingetreten sei und wäre es infolgedessen den Förderleuten (Schleppern) nicht möglich, einen einiger-maßen anständigen Lohn zu verdienen.

Am Montag mittag 12. Uhr ging nun der Arbeiterausschuss zum Werte, um den Bescheid des Aufsichtsrates entgegenzunehmen. Zunächst wurde angefragt, ob die Verwaltung gestatte, daß der Vertreter des Bochumer Verbands der Bergarbeiter-Verbands Sufemann-Bochum an der Verhandlung teilnehme. Dieser Wunsch des Arbeiterausschusses wurde von der Verwaltung mit den Worten abge-lehnt: „Nein, das machen wir allein.“ Dann wurde er wieder auf die Forderungen des Arbeiterausschusses hingewiesen und schließlich erklärt: „Das der Aufsichtsrat eine 15 pro-zentige Erhöhung der Bedingelöhne und Akfordlöse bewilligt habe. Wegen der Erhöhung der Schichtlöhne könne die Verwaltung vorläufig nicht versprechen und solle erst 12. März bei den Verhandlungen weitergeprüft werden.“ Die unter Ziffer 5 und 7 angeführten Forderungen seien abgelehnt.

Maßregelungen wären nicht beabsichtigt, jedoch lasse sich die Verwaltung das freie Entschließungsrecht nicht nehmen.

Als die auf dem Werk anwesenden Arbeiter der Mittagschicht von der Ablehnung des größten Teiles ihrer Forderungen Kenntnis erhielten, beschloßen dieselben, nicht anzufahren und verließen das Werk.

In der nun am Montag nachmittag 3 Uhr im Lokale des Wirts Raute in Schlarpe stattgefundenen Versammlung erklärte der Arbeiterausschuß zunächst seinen Bericht, indem derselbe die Antwort der Verwaltung auf die Lohnforderungen mitteilte.

Hierauf gab trotz der größtenteils ablehnenden Haltung der Grubenverwaltung den dringenden Rat, die Arbeit nicht einzustellen, sondern erst die Verhandlungen vom 12. März abzuwarten. Er begründete in längerer Ausführlichkeit diesen Vorschlag und beantragte zum Schluß schriftliche Abstimmung mit der Maßgabe, daß bei Ablehnung seines Antrages, wenn die Majorität 2/3 der Stimmen betrage, der Streik beschloßen sei.

Gegen diesen Vorschlag wandten sich die Kameraden, indem sie erklärten, daß, wenn es nun einmal zum Kampfe kommen sollte, es besser sei, denselben jetzt gleich zu beginnen, denn jetzt sei die Geschäftslage in der Kohlenindustrie eine gute. Das Werk habe im Jahre 1905 über 800 000 Mark Ueberschuß gemacht. Die Erbitterung unter der Arbeiterschaft war infolge der verheerenden Vorkommnisse (Heranziehung von zwei Genarmen bei der Auszahlung des Abschlags am 8. März, Reduzierung der Bedingefälle für die Förderleute (Schlepper) am 1. März) herartig groß, daß bei der vorgenommenen geheimen Abstimmung 850 Stimmzettel die Frage: Ob die Arbeit fortgesetzt werden sollte mit „nein“ beantworteten, wogegen 84 mit „ja“ stimmten. Mit diesem Beschluß war der Streik erklärt. Dieser Beschluß wurde von der ganzen Versammlung mit Befriedigung entgegengenommen.

Die Forderungen wurden noch erweitert, indem für die Handwerker unter und über Tage und für die Steffelheuer ein Schichtlohn von 4 M. gefordert wurde. Außerdem wurde noch die Anerkennung der Organisation verlangt. Die Lohnkommission wurde erweitert und mit der Leitung des Streiks betraut.

Mit derselben Einmütigkeit, mit welcher der Streik beschloßen wurde, wurde auch die Arbeit am 8. März eingestellt. Selbstverständlich gab es einige Arbeitswillige und wurden dieselben unter Begleitung von Genarmen und Werkbeamten zum Werk geleitet. Von der ganzen unterirdischen Belegschaft hatten am ersten Streiktag 28 Mann gearbeitet. Während von Tages-, Salinen- und Fabrikarbeitern und Handwerkern circa 60 Mann gearbeitet haben. Diese nützlichen Elemente, welche des politischen Schutzes bedürften, werden den Kohl auch nicht fett machen. Die Werkbeamten suchten bereits am ersten Tage die einzelnen Arbeiter in den Wohnungen auf und suchten sie zur Arbeit zu bewegen. Dies ist ein Zeichen, daß die Arbeiter den rechten Zeitpunkt gewählt hatten.

Die Polizeibehörde, in diesem Falle das Landratsamt in Uslar, kamen dem Unternehmer zur Hilfe, indem bereits sieben Genarmen ins Streikrevier gefandt und wettete noch folgen sollen. Einige Genarmen sind auf dem Werke stationiert worden zum Schutze des Eigentums des Unternehmers und der nützlichen Elemente, Arbeitswillige genannt. Die Polizeistunde ist im Streikrevier auf zehn Uhr festgesetzt. Alles zur höheren Ehre des Bedarfs. Die Herren Aktionäre, welche hauptsächlich ihren Sitz in P.B.N., also weit vom Schutze, haben, können unbesorgt schlafen. Ihr Eigentum ist geschützt.

Streikende Bergarbeiter, haltet Ruhe! Zeigt Besonnenheit und Disziplin, damit euer Kampf zum guten Ende geführt wird.

**Mitteldeutsches Braunkohlenrevier.**

Am 4. März fand eine Konferenz in Zeitz statt. Vertreten waren aus den Bezirken Zeitz-Weißenfels, Meuselwitz und Halle 22 Gruben durch 17 Vertrauensleute und 54 Ausschussmitglieder. Nur zwei Gruben waren nicht vertreten. Bezirksführer D. Bille berichtete über die Arbeiten der Kommission, die die Forderungen an die Verwaltungen aufgestellt hat. Man hat die Forderungen nur gering bemessen, damit die Grubenbesitzer nicht loskäse haben, dieselben als „mahlos“ zu bezeichnen. Die Kommission hat festgesetzt, daß viele Bergarbeiter elende Löhne haben. So hat ein Hauer in 8 Schichten 18,97 M., ein anderer in 6 1/2 Schichten nur 16,84 M. verdient. Weiter in 5 1/2 Schichten 14 M., in 6 Schichten 13,50 M., in 13 1/2 Schichten 29,04 M. Zwei Abtäufer, die erst neue Schächte schlagen müssen, haben in 10 1/2 Schichten 29,70 M. und in 11 1/2 Schichten 25,80 M. verdient. So sieht es in vielen Fällen aus. Man sagt zwar in den Berichten der Behörden, daß die Löhne der Bergarbeiter gestiegen seien, daß trifft aber nicht zu, da auch die Menge der geförderten Kohle für jeden Arbeiter gestiegen ist. Während vor einigen Jahren im Durchschnitt auf jeden Arbeiter 885 Tonnen Kohlen kamen, sind es heute 1300. Der Lohn selbst ist aber nach amtlichen Angaben nur um 16 Pfg., von 3,50 M. auf 3,66 M. gestiegen. Dabei kommen aber die Vergleiche, die unter Tage arbeiten müssen, zu kurz, ihr Lohn ist trotz größerer Fördermengen seit Jahren nicht gestiegen. Der Rechner ging dann die einzelnen Forderungen durch und begründete sie. Er schloß mit dem Wunsche, daß nun alle Bergarbeiter hinter diesen Forderungen stehen und sie, wenn es nicht anders geht, durch den Streik durchsetzen. (Veh. Beifall.)

In der Diskussion wurden die Ausführungen ergänzt und mehrfache Wünsche und Anträge zu den Forderungen eingebracht. P. K. K. erklärte, daß auch der Vorstand hinter den Forderungen steht, daß der Verband demnach die Bergarbeiter mit allen Mitteln unterstützen wird. Eine Redaktionskommission hat alle Anträge gesichtet und zusammengefaßt. Danach sind die Forderungen:

1. Einführung der achtstündigen Schichtzeit für alle bei der Kohlen-gewinnung tätigen Arbeiter unter und über Tage. Zum Uebergang soll die Arbeitszeit vom 1. Juli 1906 ab neun Stunden, vom 1. Januar 1908 ab acht Stunden betragen. Die Ein- und Ausfahrt ist in die Arbeitszeit einzurechnen.
2. Abschaffung aller Frauenarbeit.
3. Ueberwachen und -Stunden, soweit nicht Gefahr für das Leben von Arbeitern oder die Sicherheit des Betriebes in Frage steht, sind nicht zulässig. Bei notwendigen Ueberstunden muß ein Aufschlag von 50 Proz. gezahlt werden. Abschaffung aller Prämien und der getrennten Bedinge.
4. Garantierung von Mindestlöhnen und zwar für Hauer 4,50 M., für Schlepper 4,20 M. An alle übrigen Arbeiter sind zu zahlen: unter 18 Jahren 3 M., über 18 Jahre 3,50 M. und vom 21. Jahre ab 4 M.
5. Abänderung der neuen Arbeitsordnung.
6. Holz zu Stempeln und zum Verzinnumern ist bis an alle Endstationen in genügender Menge und zugerechnet zu liefern.
7. Ausreichende Badeanstalten. Ausreichende Bewässerung und Sicherung der Gruben.
8. Frisches gutes Trinkwasser ist jederzeit auch unter Tage bereit zu halten.
9. Aufhebung aller Sperren.
10. Humanere Behandlung der Arbeiter durch die Beamten.
11. Anerkennung der Bergarbeiter-Organisation.
12. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung dürfen nicht vorkommen.

Diese Forderungen sollen am 7. März dem bergbaulichen Verein eingereicht werden, die Antwort wird bis zum 20. März verlangt. Die Kameraden erklärten sich mit den Forderungen einverstanden und wählten eine Kommission, die allein alle Verhandlungen zu führen hat.

**Schleifen.**

In einer in Gottesberg stattgefundenen Versammlung wurde nach einem von Tholl-Waldenburg gehaltenen Referat folgende Antwort der Betriebsverwaltung auf die Eingabe der Kameraden verlesen:

**Schlesische Kohlen- und Kokswerke.**

Zu den mit der Eingabe geäußerten Wünschen der Belegschaft unserer Arbeiter hat die Direktion bei der Besprechung mit den Vertrauensmännern der conf. Karl Georg Wiltorgrube am 3. d. M. folgende mündliche Erklärung abgegeben, welche hiermit protokolllarisch festgelegt wird:

Die Direktion verschließt sich nicht der Einsicht, daß seit einem Jahre eine Steigerung der Fleisch- und Lebensmittel-Preise eingetreten ist. Obwohl diesen veränderten Lebensbedingungen durch die am 1. Februar v. J. in gleicher Weise und Höhe wie bei den Nachbargruben, vorgenommene Erhöhung der Lohn- und Bedingefälle entsprechend Rechnung getragen wurde, so will sie doch eine weitere Verringerung in dem Arbeitsverhältnis der Arbeiter, im Rahmen der zulässigen Möglichkeit durchzuführen, trotzdem das finanzielle Ergebnis der Werke infolge der ungenügenden Ablagerungs- und Erdrückverhältnisse, als ein ungenügendes bezeichnet und die vorhandene Unterbilanz noch beseitigt werden muß.

Zu der gestellten Forderung, für Untertagsarbeiter das Bedinge so zu erhöhen, daß der Lohn eines Hauers wenigstens 3,60 M., eines Schlehpers wenigstens 3,50 M., der Umschläger und Förderarbeiter 3 M., aller anderen Schlepper nicht unter 2,50 M. betragen; daß für Untertagsarbeiter die Schichtlöhne so zu erhöhen sind, daß die Koksarbeiter und die gemischt beschäftigten Arbeiter auf 3,50 M., die Tagesarbeiter und die Verarbeiter auf 3 M., die Invaliden und Arbeiter, welche an den Legebändern beschäftigt sind, auf 2 M., die jugendlichen Arbeiter auf 1,50 M., die Maschinenwärter und Sandwischer auf 3,20 M. zum Verbleiben kommen, gibt die Direktion die Erklärung ab, daß sie nicht in der Lage ist, der Forderung in dieser Höhe zu entsprechen, weil die verlangten Sätze den Wunsch nach begrenzten Minimallöhnen enthalten, die in der ganzen Industrie nicht existieren und daher auch von einer einzelnen Grube prinzipiell nicht bewilligt werden können.

Dagegen fühlt sich die Direktion veranlaßt, die Schichtlöhne und Uffordräge für Gruben- und Obertagsarbeiter ab 1. März 1906 auf jene Höhe zu bringen, auf welcher sie im Jahre 1901 waren, insofern dieser Stand der Schichtlöhne und Uffordräge nicht schon durch die vorjährige Erhöhung erreicht worden ist.

Bei den Obertagsarbeitern soll hierbei die Verrechnung der gesetzlich zulässigen Sonntagschichten eine entsprechende Regelung finden.

Die anderweitig vorgebrachte Bitte um eine zehnprozentige Lohnerhöhung, kann nach vorstehendem keine Berücksichtigung finden, weil bei einer jährlichen Lohnsumme von 8350000 M. die Erfüllung des Verlangens eine jährliche Ausgabe von 835000 M. bedeuten würde, für welchen Betrag absolut keine Deckung vorhanden ist.

Zu dem geäußerten Wunsche nach humaner Behandlung, bemerkt die Direktion, daß denselben selbstverständlich entsprochen wird, daß sie aber darauf dringen muß, im Falle inhumaner Behandlung behufs Unterbindung und Abstellung zur Kenntnis zu bringen, weil sonst der gestellte Wunsch nicht verständlich erscheint, indem der Bildungsgrad der Beamten und deren Verständnis für die Berufsarbeit voraussetzen lassen muß, daß die Behandlung der Arbeiter ebensowenig inhuman ist, als wie auf allen übrigen Gruben des niederschlesischen Reviers. Das vorgebrachte Verlangen, daß die Sonntagsruhe eine Stunde früher enden muß, als vollen Schicht incl. Ein- und Ausfahrt angerechnet werde, wird in der Art erfüllt werden, daß durch die geistliche Einfahrt, wie sie früher üblich war, den betreffenden Belegschaften die Möglichkeit geboten ist, die volle Schicht zu verfahren.

Zu dem Wunsche, daß sich die Verwaltung bei Einlegung von Ueber- und Reueuschichten vorerst mit der Belegschaft bezw. mit dem Arbeiterausschuß zu verständigen habe, wird hervorgehoben, daß dieser Gebrauch bereits in Übung ist und daher der Erfüllung des Wunsches nichts im Wege steht.

Es muß dann aber auch verlangt werden, daß die mit den Vertrauensmännern getroffenen Vereinbarungen von der Belegschaft eingehalten werden, weil sie sonst keinen Zweck hätten und der Wert über Abmachungen mit den Vertrauensmännern hinfällig sein würde.

Die von einem Vertrauensmann weiter vorgebrachte Bitte, den Lohnstag im Monat April vor die Osterfeiertage zu verlegen, wird sich voraussichtlich erfüllen lassen, doch müssen noch diesbezügliche anderweitige Schritte getan werden, weil die Festsetzung der Lohnstage für das ganze Revier eine einheitliche ist und daher nicht von einer einzelnen Grube allein Veränderungen getroffen werden können. Zu dem Wunsche eines Vertrauensmannes, daß die Grubenbelegschaften abteilungsweise nacheinander einfahren, wird bemerkt, daß in den nächsten Tagen diesbezügliche Erhebungen gepflogen werden sollten und daß es sich wahrscheinlich erndöglichen lassen wird, das Verlesen und die Einfahrt der Abteilungen nacheinander durchzuführen, unter selbstverständlicher Festhaltung des Wechsels vor Ort, gemäß den Bestimmungen der Arbeitsordnung. Diese Zusagen erstrecken sich selbstverständlich auch auf die Belegschaften der conf. Gustavgrube in Rothendach. Auch soll außerdem für diese die Errichtung eines Lebensmittel-Magazins mit Fleischhauerei in Ermägung gezogen werden.

Nachdem die vorjährige Erhöhung der Bedinge und Schichtlohnsätze eine Verbesserung des durchschnittlichen Schichtlohnes bei den Kohlen-Voll- und Lehrbauern um 17 Pfg., bei den Zimmerbauern um 16 Pfg., bei den Fördererschleppern um 15 Pfg., bei den Zimmererschleppern um 12 Pfg., bei den Handwerkern um 7 Pfg., bei den Koksarbeitern um 14 Pfg. ufm. — gleich dem Erhöhungen bei den übrigen Gruben des Reviers — gebracht hat, und die heute bewilligte Erhöhung der Sätze auf den Stand des Jahres 1901 eine weitere Verbesserung auch in den Durchschnittslöhnen hervorgerufen dürfte, insofern die Leistungen nicht zurückbleiben, so erwartet die Direktion, daß die Belegschaft ihre Ruhe und Wohlfahrt bewahren und ihren Entschloßungen nicht eine Nichtung geben wird, welche der Arbeitsordnung zuwiderläuft und unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Gottesberg den 3. März 1906.

Die Kameraden werden auf ihren Forderungen bestehen bleiben.

**Niederschlesische Kohlen- und Kokswerke.**

Infolge der miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse brach hier am 8. März der Streik aus. Die Mittagschicht fuhr nicht mehr an, am 10. auch die Morgenschicht nicht. Es herrscht musterhafte Ruhe. Verhandlungen sind im Gange.

**Allgemeine Bodwa (Sachsen). Der Streik ist beendet.**

Maßregelungen werden keine vorgenommen. Der Zweck des Streiks ist erreicht.

**Letzte Nachrichten.**

**Frankreich.** Ein großes Grubenunglück ereignete sich in drei Schächten der Kohlengrube zu Courrières, wo aus noch nicht bekannter Ursache ein großer Brand ausbrach. Es wird gemeldet, daß von 1800 eingetragenen Leuten noch 1000 fehlen. Vieles Opfer die Katastrophe gefordert hat, ist nach bisher vorliegenden Nachrichten ungewiß. Jedoch läßt die Form der Nachricht über den traurigen Charakter des Unglücks keinen Zweifel.

**Briefkasten.**

**Altenbärg 1379.** Wo Hundebreiter werden, können wir leider nicht in Erfahrung bringen. Menschen richtet man in M.-Gladbach auf den Fang von Dummern ab. Vielleicht nehmen sie dort auch einen Pudel an; schwarz müßte dieser aber auf alle Fälle sein. — **Dümpfen.** Die Bibliothek ist jeden Donnerstag vormittags von 9—12 Uhr geöffnet. Die Ausgabe der Bücher erfolgt gegen Vorgeigung des Mitgliedsbuches in der Wohnung des Vertrauensmannes S. E. J. Mann, Sect. II 30/3, direkt am Bürgermeisteramt. — **J. Ch. in Eißendortmund.** Alle Einwendungen müssen vom Vertrauensmann unterzeichnet und abgestempelt sein.

**Beim Zweigbureau Zwickau haben für Januar und Februar**

- a b gerechnet: Ullrichleben 203,50 Mark, Uten a. d. Elbe 19,60, Uthenberg 176,01, Unerbach 34,80, Ubersdorf 100,70, Uernburg 412,10, Uerna 297,86, Uirgitz 129,78, Uernsdorf-Hernsdorf 280,40, Uernsdorf-Rausitz 88,90, Uodwitz 146,25, Uozna 88,—, Uainsdorf 184,50, Ualbe 165,00, Uulzig 85,40, Ueuben I 40,10, Ueuben II 130,20, Uöhlen 62,40, Uredtau 14,20, Uobrishof 27,20, Uöbriß 99,—, Uerbach 176,90, Uebersbach 84,80, Uespenhain 61,30, Uelzn 87,10, Uebersbrunn 37,20, Uroße 3,90, Uriedrichsgrün 183,—, Urankfurt a. O. 59,85, Uröben 195,—, Urasleben 20,80, Uroß-Rözig 64,—, Uersdorf 827,50, Uuben 205,85, Uüthen 29,80, Uofra 75,60, Uerbstedt 106,29, Uroß-Weißand 36,20, Uammnitz 97,20, Uötensteden 389,00, Ualle 116,70, Uedlingen 140,10, Uelmstedt 58,90, Uohenwölfen 260,80, Ueirischtort 69,10, Uohnsdorf 555,40, Uoyn 25,10, Uelbra 82,—, Uörzig 182,80, Uoheneide 10,48, Uirchfelde 557,30, Ulein-Quandorf 111,80, Ulostermannsfeid 11,85, Uirchberg 8,—, Uernberg 6,40, Ureßkau 117,10, Uieritz 175,90, Uayna 36,40, Uein 284,30, Uebendorf 89,20, Uoizsch 22,40, Uudenau 286,90, Uichtenstein 350,30, Uugau 422,02, Uichtentanne 111,40, Uelthen 54,70, Uichtenau 86,94, Uarienthal 130,—, Ueiselwitz 1153,65, Uüßen 30,50, Ueuro 48,10, Uarntschütz 114,97, Uittelndorf 65,—, Uauborf 64,50, Uiederplanitz 432,64, Uiederhau 367,50, Ueudöfel 231,10, Uiederwörschnitz 553,50, Ueudöfel 19,68, Ueudöfel 53,50, Ueudöfel 32,60, Ueudöfel 86,—, Ueudöfel 1286,40, Ueudöfel 340,—, Ueudöfel 117,50, Ueudöfel 150,90, Ueudöfel 81,—, Ueudöfel 44,50, Ueudöfel 26,40,

- Uhlau 72,40, Uüblig 89,10, Uießä 77,20, Ueppitz 46,—, Uießlich 212,20, Ueindorf 882,70, Uüßen 116,80, Uanno 54,—, Ueindorf 66,50, Ueig 98,20, Uenstenberg 1 212,10, Uenstenberg II 218,50, Uenstenberg III 189,05, Uallgatt 37,40, Uommerndorf 28,05, Ueiserdorf 82,60, Ueuro 80,50, Ueudöfel 128,65, Ueudöfel 121,60, Ueudöfel 870,08, Ueudöfel 80,80, Ueudöfel 57,—, Ueudöfel 186,50, Ueudöfel bei Uausitz 64,80, Ueudöfel 408,60, Ueudöfel 182,10, Ueudöfel 822,50, Ueudöfel 22,40, Ueudöfel 106,20, Ueudöfel 42,50, Ueudöfel 228,80, Ueudöfel 46,10, Ueudöfel 180,15, Ueudöfel 47,20, Ueudöfel 48,80, Ueudöfel 100,—, Ueudöfel 249,40, Ueudöfel 150,80, Ueudöfel 161,20, Ueudöfel 16,—, Ueudöfel 16,—, Ueudöfel 16,—.

Die in dieser Abrechnung fehlenden Orte des Zweigbureaus Zwickau haben noch nicht abgerechnet.

**Verbandsnachrichten.**

**Zur Beachtung.**

Wir machen unsere Vertrauensleute aufmerksam, daß bei Depeschen die Worte mehr gesperrt werden sollen als bisher. Bei Depeschen an den Vorstand und die Redaktion genügt folgende Adresse: **Bergarbeiter-Verband Bochum**, Straße und Hausnummer ist also wegzulassen.

Unsere Ortsverwaltungen machen wir dr auf aufmerksam, daß die Zahlstellenfrage jetzt zum Verband kommen. Den Schrank besetzt dasjenige Mitglied der Ortsverwaltung, das die Kassengeschäfte besorgt. Wir haben die Schranke deshalb zum größten Teile an die Kassierer der Zahlstellen senden lassen. Wo der Vertrauensmann die Kassengeschäfte mitbesorgt, erhält er selbstverständlich auch den Schrank.

**Der Vorstand.**

Das Mitglied Karl Trobel Nr. 47 118, Zahlstelle Deuthen, wird wegen Schädigung des Verbandes ausgeschlossen.

Das Mitglied Gustav Rudolf, Buchnummer 111 280, Zahlstelle Teuchern, wird wegen Denunziation eines Kameraden aus dem Verbands ausgeschlossen.

Kran. Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt an jedem ersten und dritten Sonntag im Monat.

Miedowitz. Vom 1. März an ist der Krankengeldbeitrag von 10 Pfg. pro Monat wieder eingeführt. Um 17. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, findet Bücherrevision statt.

Rothendach. Mache die Mitglieder darauf aufmerksam, daß mit dem Monat März die Mitgliedsbücher eingezogen werden, sehe sich deshalb jedes Mitglied vor, daß er sein Buch in Ordnung hat.

Uespel. Unser Vot Karl Danneborn hat 100 Beitragsmarken verloren. Der Finder wird gebeten, dieselben an die Ortsverwaltung abzugeben. Verloren sind die Marken von Dorf Uespel nach der Marktstraße.

**Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.**

**Sonntag, den 18. März 1906:**  
Ubing. Vom 18. März ab Revision der Mitgliedsbücher.

**Jeden dritten Sonntag im Monat:**

- Ubersdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fend.
- Uernsdach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Harbt.
- Uernsdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Rößlers Restaurant, Hernsdorf.
- Uillmerich. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Mediz.
- Uochum I (Ullstahl). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Bernh. Hülschhoff, Wittenerstraße.
- Uörsing-Uolthausen. Vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Gg. Schulte in Uolthausen.
- Uodwa. Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant „Wartburg“.
- Uümpfen III. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Gerh. Kotteneuer, Sektion I 35.
- Uigershausen. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Humburg.
- Uroß-Röhden. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn U. Schneeweiß.
- Uorpen. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friedr. Paschhoff.
- Uolsterhausen b. Wanne. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Bergmann.
- Uolzwickede. Nachmittags 1 Uhr, im Lokale des Herrn Griesse, Uhauffe.
- Uolken und Uysang. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Rubert in Uolken.
- Uöngen. Nachmittags 4 Uhr. (Lokal unbestimmt.)
- Uordel. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Wigmann.
- Uamen I. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hesselmann.
- Uöffern. Abends 8 Uhr, im Gasthof zu Ueunig.
- Uönigsutter. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Warmbold, „Deutsches Haus“.
- Uangendreer. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Sproedt.
- Uindensdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Selter.
- Uudenau. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus „Ullch auf“, Uredtau.
- Uaffenerheide. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Freig. Hillebrandmann.
- Uiesobach. Nachmittags 2 Uhr, im Badereaurant.
- Uiederwörschnitz. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Sachs.
- Uobermassen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Herm. Wilhelm.
- Uffleben. Nachmittags 3 Uhr, an bekannter Stelle.
- Uober-Urochöfel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst Hilgenstoß, Uuellenburg-Grasamp.
- Urobzigella. Nachm. von 3—4 Uhr, im Lokale des Herrn U. Ostwald.
- Uroß-Röhden. Vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Uöheim.
- Uroßingen. Nachmittags 3 Uhr, im „Löwen“.
- Ueudern. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Baum“.
- Ueudöfel. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Uöcher.
- Ueudöfel I. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Uö. Uillken.

**Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats:**

- Ufen (Uibe). Nachmittags 3 Uhr, in der Herberge.
- Uifeld a. d. Ueine. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn U. Uies, „Zum Edelweiß“.
- Uirchdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Uidefurt.
- Ueuthen U. Sch. Vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftslokal in Uobberg, Dombrowkastraße 8.
- Uorobendorf. Nachmittags im Gewerkschaftslokal, Ude Uarten- und Körnerstraße.
- Uersdorf. Abends 6 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Tal“; Steuertag.
- Uierwald. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Raude in Uchlarpe.
- Uroß-Röhden. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Uwe. Uieritz, Auf der Ueierfche.
- Uüthen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Herm. Uartge.
- Uötensteden. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn U. Ueber.
- Ulein-Quandorf. Nachmittags 2 Uhr. Lokal unbestimmt.
- Uebendorf. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant in Uebendorf.
- Uichtenstein-Uallnberg. Nachmittags 4 Uhr. Lokal unbestimmt.
- Ueuro. Nachmittags 2 Uhr. Wo? jagt der Vot.
- Uittelndorf. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Fanghänel.
- Ueudöfel. Nachmittags 5 Uhr. Lokal unbestimmt.
- Ueudöfel. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Uigmann.
- Ueudöfel U. Ueberndorf. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn U. Ueber.
- Ueudöfel. Nachm. 3 1/2 Uhr, im Restaurant „Uriedensburg“.
- Ueberlungwitz. Nachmittags 6 Uhr, in Engels Restaurant.
- Uobberg. Vorm. 9 Uhr, im Gewerkschaftslokale, Dombrowkastr. 8.
- Uoroben. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftslokale in Uobberg, Dombrowkastraße 8.
- Uchlarpe. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Raude.
- Uchöborn. Nachmittags 3 Uhr, im Uichwald bei U. U.
- Uchöborn. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Uynast in Ueber-Heidud.
- Uehnde. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Uwe. Uränk in Uolgan.
- Ueudöfel. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale der Frau Uieherer.
- Ueudöfel (Sachsen). Nachmittags 3 Uhr, in Landgraf's Salon.
- Ueudöfel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Uieherer.
- Ueudöfel. Nachmittags 4 Uhr. An bekannter Stelle.
- Ueudöfel. Jeden Sonntag nach dem 15.
- Ueudöfel. Nachmittags 6 Uhr, im Restaurant „Uögenau“; Steuertag.

